

Erscheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Austr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Beilage-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Intentions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Intente für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt J. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 6. April 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Agitation gegen Fabrikinspektoren

gehört seit langem zu den Lieblingsbeschäftigungen aller Schlotbarone und Fabrikantenvereine. Bismarck hat ja seiner Zeit in dieser Beziehung auch ein berühmtes Muster abgegeben, als er dem Fabrikinspektor, der seine hinterwommene Spiritusbrennerei revidieren wollte, einfach die Thüre wies. Die Kölner Unternehmer haben voriges Jahr so lange gegen ihren Gewerbe-Inspektor Jaeger gehetzt, bis er einen völlig unbegründeten Rüssel vom Regierungspräsidenten bekam, und vor kurzem sandten die Mannheimer Fabrikanten nach dem rühmlichst bekannten badischen Gewerbe-Aufsichts-Beamten Dr. Wörishoffer wieder einmal einen Giftpfeil. Es lohnt sich, diese Angelegenheit eingehender zu erörtern.

Selbstverständlich ist die neuerliche Verurteilung der badischen Fabrikanten, die in Gestalt einer Eingabe an das dortige Ministerium vorliegt, ein giftgeschwollenes Machwerk ohne jede sachliche Begründung. Keine einzige Stelle aus den Berichten des badischen Beamten, kein gesprochenes Wort desselben, keine amtliche oder außeramtliche Handlung Wörishoffers kann angeführt werden, um die beweglichen Klagen der Unternehmer zu stützen oder zu belegen. Kühn behaupten und anschwärzen — darin liegt das Geheimnis der hochmögenden Herren; je sinnloser, desto besser, es bleibt doch immer etwas hängen — nach diesem Rezepte wird auch hier verfahren. Schon aus diesem Grunde sollte das badische Ministerium das Giftprodukt einfach zu den Alten legen und die Urheber der Eingabe demgemäß beschneiden. Die Mannheimer Unternehmer sind eben in ihrem Dünkel bereits soweit gelangt, daß sie glauben, in Eingaben an amtliche Stellen allgemeine und schwere Beschuldigungen gegen einen Fabrikinspektor so anzusprechen zu können, wie am Biertische, ohne jede Verpflichtung, ihre Behauptungen auch zu erweisen. Wenn sich ein Mannheimer Arbeiter einmal herausnehmen wollte, gegen einen Staatsbeamten ähnlich vorzugehen! Der Mann würde die Justiz sehr gründlich kennen lernen! Inwiefern geben die Mannheimer Fabrikanten eine Art revolutionäres Beispiel, um dessen Folgen ihnen mit der Zeit vielleicht selbst bange wird. Da sie aber vorläufig doch nur für sich allein das Recht in Anspruch nehmen, einen Staatsbeamten in dieser Weise zu kritisieren, so wird die energische Antwort von Oben, welche auf solche Unverschämtheit gehört, wohl auch nicht ausbleiben.

Unten ist man sich ja über die Tendenz des Vorstoßes völlig klar, auch über die Verlogenheit der Angriffe. Ueber die Arbeiter soll der Fabrikinspektor „stets nur mit der größten Nachsicht und Milde urtheilen, ganz offenbare Unzuträglichkeiten nicht besprechen.“ Er soll „das hohe Lied der Sozialdemokratie“ (in seinem Buche über Mannheimer Arbeiterverhältnisse) singen, während nicht von dieser Partei ausgehende Wohlfahrts-Einrichtungen vielfach gar

nicht besprochen, ja sogar ungünstig kritisiert werden.“ Und daran knüpft sich dann eine herrlich-naive Schlussfolgerung: „So erklärt es sich, daß die Reihen der sozialdemokratischen Partei sich immer mehr verstärken.“ Wie steht es hier überall mit der Wahrheit? Wörishoffer ist in seinem Mannheimer Buche so weit davon entfernt, den sozialdemokratischen Organisationen ein „hohes Lied“ zu singen, daß er beispielsweise S. 377 mit einer Art Genugthuung feststellt, „diese Organisationen umfaßten nur den kleinsten Theil der Arbeiter“; ihre thatsächlichen Erfolge nennt er „im Ganzen bescheidene“. (S. 379.)

Seite 381 ff. zählt Wörishoffer dann auch die Vereine der Mannheimer Unternehmer auf und spricht sogar von den „wohlthätigen Folgen“ solcher Unternehmerverbände. Einen lediglich gegen die Fabrikinspektion sich richtenden Unternehmerverein erwähnt er mit der größten Schöpfung. Dagegen steht im neuesten Jahresberichte des Beamten befanntlich die schon in unserem Leitartikel vom 19. Februar d. J. zurückgewiesene und sehr überflüssige Mahnung bezüglich der Arbeiterführer, von denen „verlangt werden müsse, daß auf ihrer Vergangenheit kein Makel ruhe“ — eine Bemerkung, die bezüglich der Unternehmerverbände von Dr. Wörishoffer wohl schwerlich jemals gemacht werden wird. Dem sei nun wie es wolle — nur die blödeste Voreingenommenheit kann von dem badischen Gewerbe-Inspektor behaupten, daß er einseitig für die Arbeiter Partei ergriffe oder gar „das hohe Lied der Sozialdemokratie“ — dazu ist er dem doch viel zu sehr Regierungsrath, freilich einer von den wenigen Regierungsräthen, die den Arbeitern unbefangen gegenüber stehen. Und daraus reduziert sich das ganze Gefasel der Mannheimer Unternehmer: schon diese bloße Unbefangenheit ist ihnen ein Dorn im Auge, und weil sie dies nicht sagen können, ergehen sie sich in den lächerlichen Uebertreibungen, welche ihre neueste Eingabe enthält. Ihre Bornirtheit decken sie dann durch den herrlichen Schluß auf, daß sich das Anwachsen der Sozialdemokratie in Baden aus der Haltung des dortigen Fabrikinspektors „erklärt“. Daß die Sozialdemokratie mit oder ohne Fabrikinspektor aus ganz anderen weltgeschichtlichen Gründen, nicht zum letzten aber auch wegen des schollen Verhaltens der Unternehmer zu ihren Arbeitern ewig unersindlich bleiben.

Nur sich selbst haben die Herren im Spiegelbilde der Fabrikinspektoren-Berichte richtig erkannt. „In den Publikationen der Fabrikinspektion erscheint der Arbeitgeber als der mehr oder minder verkappte Ausbeuter seiner Arbeiter“; es herrsche eine „tiefschwebende Verbitterung“ gegen die Fabrikaufsicht; manche Arbeiterentlassungen finden erst deshalb statt, weil der Beamte für Arbeiter intervenirt sei; diese Stimmung „sei sehr wenig geeignet“, die Unternehmer „für Wünsche der Fabrikinspektion geneigt zu machen“; wer eine Fabrik gründen wolle, der werde „einen Staat meiden, in welchem er selbst stets mit dem Staatsanwalt bedroht wird“ u. s. w. Ja,

das sind die Unternehmerseelen, wie sie leben und leben! Wie sie alles zum Vorwand nehmen, um sich um ihre Pflichten gegen die Arbeiter herumzudrücken, wie sie „einen Staat meiden“, in welcher der Ausbeutung ein paar ärmliche Schranken mehr gezogen sind, als anderswo! Sie erscheinen in den Publikationen der Fabrikinspektion „als mehr oder minder verkappte Ausbeuter“ — ja, ist es denn den Herren gelungen, bisher auch nur eine einzige Stelle dieser Berichte als unrichtig nachzuweisen? Und wenn dies nicht möglich war, an wem liegt dann die Schuld, daß die schönen Unternehmerseelen „als mehr oder minder verkappte Ausbeuter“ erscheinen? Doch wohl an ihnen selbst! Und nun soll der Beamte wohl den Sachverhalt fälschen, damit die Ausbeuter auch noch im rosigen Lichte der herrlichsten Menschen- und Arbeiterfreundlichkeit erstrahlen? Eine frechere Zumuthung ist einem Staatsbeamten in einer Eingabe an amtlicher Stelle noch nicht gemacht worden!

Damit aber schließlich bei der Sache auch der Humor nicht fehle, ist den Mannheimer Fabrikbaronen noch ein kostbarer Lapsus passiert bei ihrem Hinweis auf die Dienstausweisung des Inspektors, in welchen sie ihre Eingabe wirkungslos ausklingen lassen. Sie zitiren die bekannte nichtsagende Stelle, nach welcher der Beamte eine „wohlwollend kontrollirende, beratende und vermittelnde Thätigkeit“ ausüben soll und fügen hinzu, daß durch diese Worte gerade in Baden „mehr als irgendwo im übrigen Deutschland“ der „Geist weitgehendster Veröhnlichkeit“ dem Inspektor zur Pflicht gemacht werde. Nun sind diese schönen Phrasen aber gar nicht der badischen Dienstausweisung allein eigenthümlich, sie kommen vielmehr wortwörtlich in allen Instruktionen der übrigen deutschen Bundesstaaten vor und stammen aus einem gemeinsamen bundesrätlichen Muster, das alle Staaten im Jahre 1879 abgeschrieben haben! Die Mannheimer Fabrikanten und ihre Berather kennen also nicht einmal die elementarste Geschichte der Fabrikinspektion in Deutschland, und nur von solchen Ignoranten kann auch eine Eingabe verfaßt werden, wie die vorliegende! Sie wird ihr verdientes Schicksal haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. April.

Die Militärvorlage. „Rölnische“, „Norddeutsche“, das gesammte Zeitungsgefilde der Reaktion, ist rastlos für die Militärvorlage thätig. Eifrig sind die offiziellen Vogelsteller dabei, ihre Meinungen und Nege aufzustellen, hoffend, daß die Gimpel ihnen ins Garn fliegen. Belogen, getrogen, gefälscht, entstellt wird nach Noten, alle, auch die schäblichsten Kniffe der Bismarckei werden von den gewissenlosen Vogelstellern gebraucht. Drohungen wechseln ab mit Schmeicheleien, hinter den Kulissen aber spielt sich unablässig ab der Kuhhandel des Kompromisses.

mit ihr über das Diskussionsthema für die folgende Versammlung zu sprechen.

Dies war in wenigen Minuten abgemacht und er hatte nichts mehr zu sagen. Zum ersten Mal konnte er keinen Stoff für die Unterhaltung mit Tanja finden. Er bedauerte, seinem Entschlusse untreu geworden und so früh gekommen zu sein, um sich selbst zum besten zu haben. Dies versetzte ihn sofort in schlechte Stimmung.

„Seit wann haben Sie Lisa nicht gesehen?“ fragte er, um die unangenehme Pause auszufüllen.

Er that es nicht absichtlich, konnte aber sicherlich kein ihm unangenehmes Thema wählen.

Lisa war eine sehr aristokratische Koussine Tanja's. Andrej kannte sie ein wenig, doch hatte er kein besonderes Interesse für sie. Ueberdies stand ihr Name mit der unglückseligen Moskauer Reise in Verbindung. Denn in Lisa's Hause gedachte sich Tanja bei ihrer Ankunft in der Stadt aufzuhalten.

„Seit dem letzten Winter nicht, als sie in St. Petersburg zu Besuch war,“ antwortete sie kurz und ernst.

Tanja hatte eine Handarbeit in der Hand und nähete emsig daran, daß Haupt im Profil Andrej zuwendend.

Es trat wieder Stille ein — eine drückende, peinliche Stille, welche gleich der ersickenden Schwüle vor dem Ausbruch eines Gewitters die Nerven mit Unruhe erfüllt.

Um die unerträgliche Spannung zu brechen, versuchte Tanja etwas vorzubringen, das mit ihrer gemeinsamen Thätigkeit in Verbindung stand und ihnen früher eine so unerschöpfliche Quelle zum Austausch von Gedanken und Empfindungen gegeben hatte.

Aber Andrej ging darauf nicht ein, dazu war er nicht gekommen. Denn als das Mädchen ihre Anstrengungen gereizt erneuerte, wurde er böse, weil sie versuchte die Unter-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

36

Die Lanfbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Er zählte die Stunden und Minuten, die er zu warten hatte, bevor er sie schicklicher Weise wieder sehen konnte. Sobald er sich aber dieses Glück gesichert hatte, tauchte die Erinnerung an sein Unrecht aus der Tiefe seines Herzens empor und unterdrückte all' das, was an seinen Gefühlen für das Mädchen gut und wohlwollend war. Selbst der Genuß ihrer Gegenwart wurde ihm zu Gift. Das tiefe durchdringende Vergnügen, sich dem schönen Rinde anzuschmiegen und zu unterwerfen, war dahin. Er fühlte sich gedemüthigt, so sehr in ihrer Gewalt zu stehen, empörte sich gegen ihre Macht, ihn nach Belieben glücklich und elend zu machen. Durch diesen inneren Kampf war er in beständiger Erbitterung. Er wurde launisch und tadelnd, suchte an ihr auszufehen, zankte über alles; und er schämte sich nicht, die Ueberlegenheit seiner größeren logischen Geschicklichkeit und Erfahrung zu benutzen, um sie um so wirksamer zu quälen.

Tanja nahm die ersten Verweise auf, ohne sich zu vertheiligen; sie schmerzten sie zu sehr, als daß sie's thun konnte. Bald verlor sie aber das Vertrauen zu seiner Billigkeit und begann seine unverantwortliche läble Laune schmerzlich zu empfinden. Das gegenseitige Verständniß,

welches die Folge eines freundschaftlichen Verkehrs von vielen Monaten war, zerstörte Andrej in wenigen Tagen. Wenn er allein war, frei von diesen beunruhigenden Einflüssen, dann sah er mit Schrecken, wie schnell ihre Entfreundung wuchs. Er versuchte den verlorenen Boden wieder zu gewinnen, indem er Entschuldigungen vortrug. Und im nächsten Moment begann er von neuem seine Quälereien.

Tanja fühlte sich nicht weniger elend als Andrej. Eines Morgens, als er unerwartet kam, sah er an ihren Augen, daß sie geweint hatte. Er klagte sich an, der größte Bösewicht zu sein, und war im Begriff alles zu bekennen. Das Mädchen nahm aber seine ersten Worte so schlecht auf, daß sie ungeschickter ausfielen, als je.

Sie wollten einen steilen Abhang hinab und mußten sich selbst in die Tiefe schleudern, ohne jede Möglichkeit anzuhalten. Ein vollständiger unwiderruflicher Bruch war mit Bestimmtheit binnen kurzem vorauszu sehen. Andrej wünschte, daß er bald eintreten möge; dies würde einer unerträglichen Situation ein Ende machen. Er wäre dann durch die Verhältnisse gezwungen, sie zu verlassen, wozu ihm die Kraft fehlte, es aus eigener Initiative zu thun. Dennoch fürchtete er den Schlag und machte ungeschickte Anstrengungen, den verhängnisvollen Moment in die Ferne zu rücken.

Er faßte den energischen Entschluß, sie außer den Arbeitsstunden nicht zu sehen. Am Freitag hielt er sich standhaft in seinem Zimmer. Freitag war Andrej's bester Tag; sie hatten keiner Versammlung beizuwohnen und pflegten entweder einen Besuch in der Stadt zu machen, oder ihn lesend und plaudernd in Tanja's Wohnung zu verbringen. Jetzt beschloß er sie gar nicht zu besuchen. Es fiel ihm aber so schwer, an seinem Entschlusse festzuhalten, daß er am nächsten Tage lange vor der festgesetzten Zeit kam, unter dem Vorwande,

Darüber mögen sich die Wähler nicht täuschen: die bürgerlichen Mehrheitsparteien mögen und münken, was das Zeug hält. Sorge das Volk dafür, daß es nicht hinterlistig geführt werde, sehe es seinen bürgerlichen Vertretern auf die Finger. Die einzige Partei, die von Anfang an offen und einfach ihre Lösung hatte: Keinen Mann und keinen Heller! ist die Sozialdemokratie. —

Dreiprozentige Reichsanleihe. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht einen kaiserlichen Erlass, betreffend die Aufnahme einer Anleihe auf Grund des Gesetzes vom 16. März 1886 und 26. März 1893. Danach soll auf Grund des Gesetzes vom 16. März 1886, betreffend die Herstellung des Nord-Ostsee-Kanals ein Betrag von 22 000 000 M. und auf Grund des Gesetzes vom 26. März 1893, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen, sowie zur Erhöhung der Betriebsfonds der Reichskasse, ein Betrag von 130 228 147 M., zusammen also ein Betrag von 152 228 147 M. durch eine nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni 1868 zu verwaltende Anleihe beschafft und zu diesem Zweck ein entsprechender Betrag von Schuldverschreibungen, und zwar über zweihundert Mark, fünfhundert Mark, eintausend Mark und fünftausend Mark, ausgegeben werden. Das Deutsche Reich ist zwar noch recht jung, aber steht bereits bis über die Ohren in Schulden. Immer höher wächst der Betrag des Riesensumpfs, denn der Militarismus ist ein unerfülllicher Gessell, dessen Gier nicht zu stillen ist. Angesichts der steigenden Verschuldung des Reichs lärmte der Chor der Offiziere zu Gunsten der Militärvorlage, deren Anforderungen ungeheuerlich sind, sodas unser Volk in die schmerzliche Bedrängnis gerathen wird. Allen vollstverwälfenden Plänen sege die deutsche Wählerchaft ein Nein! entgegen. —

Ueber den deutsch-österreichischen Handelsvertrag seit seinem Bestehen (1. Februar 1892 bis 31. Januar 1893) urtheilt das offizielle „Wiener Fremdenblatt“:

Bekannt sind jene stürmischen Debatten im Deutschen Reichstage, in welchen die deutschen Agrarier diesen Handelsvertrag auf das schärfste verurtheilten, die deutschen Vertragsunterhändler als Freihändler und inferiore Beamte hinstellten und die Schädigung der deutschen Landwirtschaft in den schwärzesten Farben ausmalten. Die Ziffern des dem Wiener Industrieklub nach seiner letzten Generalversammlung erstatteten statistischen Berichtes über die Ausfuhr österreichisch-ungarischer landwirthschaftlicher Produkte nach dem Deutschen Reich im ersten Jahre des Handelsvertrages bekräftigen in deutlicher Weise die Haltlosigkeit jener Angriffe, denn im großen und ganzen bewegte sich diese Ausfuhr in den gleichen Grenzen wie die des Jahres 1891, ja sie hat sogar in einigen wichtigen Produkten gegen das Jahr 1891 abgenommen. So bei Weizen um 23 pCt., bei Roggen um 44, bei Hafer um 19, bei Bohnen um 88, bei Wein in Fässern um 40, bei Oel um 25, bei Jungvieh um 19 pCt. Eine Zunahme der Ausfuhr erfolgte bei Schweinen um 154 pCt., bei Kalb um 15, bei Gern um 16 pCt. Also die differentielle Zollbehandlung dieser agrarischen Produkte hat uns wenig Nutzen, der deutschen Landwirtschaft wahrlich keinen Schaden gebracht. Und der Vortheil dieser differentiellem Behandlung wird für uns nach Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rußland gänzlich aufgehoben. —

Von großem Einfluß auf diese Zahlenbewegung war die günstige deutsche Ernte des verfloffenen Wirtschaftsjahres, die unsere Einfuhrmenge nicht unerheblich vermindert hat. Wird auch für Rußland der gleiche Tarif eingeführt, wie er den österreichischen Landwirtschaftserzeugnissen zugebilligt ist, dann wird die deutsche Getreide-Einfuhr ein anderes Bild liefern. Denn der russische Roggen ist unser Hauptimport-Getreide für Ernährungszwecke, der Weg aus andern Ländern ist ein kostspieligerer Nothbehelf. Jedenfalls haben die deutschen Brotvertheurer bisher noch keine Ursache gehabt, so jämmerlich zu klagen, wie geschehen. —

Von der Dresdener Sanitätskonferenz verlautet nichts, sie tagte hinter verschlossenen Thüren in amtlicher Verschwiegenheit. Uns dünkt, der kreisende Berg der bürokratischen

haltung auf Dinge zu bringen, die ihr nach allem, was vorgefallen war, von sehr geringem Interesse sein konnten.

Er wechselte plötzlich das Gespräch und wandte sich Themen zu, die den Umständen besser angepaßt waren, — ihren Moskauer Plänen und Bekanntschaften, an denen er jetzt ein eifriges, wenn auch nicht gerade wohlwollendes Interesse nahm.

Tanja antwortete, ohne die Augen von der Handarbeit zu erheben. Aber ihre Finger zitterten, und die Stiche gingen oft fehl. Sie wirkte sehr wohl, daß Andrej diesmal den Gegenstand absichtlich in Anregung gebracht hatte, um sie zu verlegen. Sie hatte aber den Entschluß gefaßt, sich nicht reizen zu lassen, und so lange sie es verhindern konnte, sich nicht mit ihm zu zanken. In drei Tagen wollte sie mit Gregor nach Moskau reisen und nach ihrer Rückkehr sich in einem anderen Distrikte niederlassen. Sie wollte nicht in Feindschaft von Andrej scheiden.

Aber anstatt ihn zu besänftigen, brachte ihn ihre Ruhe an den Rand der Verzweiflung und Enttäuschung. Das bewies ihm, daß er ihr so gleichgiltig geworden war, daß seine Meinung nicht den geringsten Eindruck auf sie machte. Es blieb ihm nichts übrig, als das grausame Vergnügen, sich zu überzeugen, ob diese Gleichgiltigkeit eine Grenze hatte. Er verhöhrte ihre Liebungspläne, machte ihre Moskauer Freunde herunter und meinte schließlich, daß seiner Erfahrung gemäß Leute, die mitten aus der fashionable Welt in ihre Reihen übergingen, nur eine Zeit lang Demokratentracht anlegen könnten, auf die eine oder andere Weise lehre der alte Adam in ihnen wieder zurück, und je eher das geschähe, desto besser sei es. Dies konnte Tanja nicht mehr ertragen. Ausgebracht, unwillig erhob sie sich von ihrem Sitz.

„Hören Sie, Andrej! . . .“ begann sie mit vor Born zitternder Stimme.

Auch Andrej erhob sich; bleichen Antlitzes, die rechte Hand auf den Tisch gestützt, stand er da. Der unheilvolle Geist, der ihn bis dahin beherrscht hatte, war aus ihm gefahren. Der Moment, den er erwartete, den er herbeigerufen und trotzdem gesücht hatte, war gekommen, und er war bereit, den Schlag zu empfangen. Der kleine Reflektor an der Wand erhellte seine gebeugte und gezungelte Stirn. (Fortsetzung folgt.)

Zusammenkunft wird ein gar armseliges Mäuslein gebären. Es hat den Anschein, als solle dort in erster Reihe festgestellt werden, wie der Kampf gegen die Cholera zu führen sei, ohne die kapitalistischen Interessen der vaterlandsliebenden Unternehmerschaft, der Großhändler, Schiffsgesellschafts-Aktionäre, Rheber, Gewerbetreibenden ernstlich zu berücksichtigen. Ein schlechtes Zeugnis für die Sachlichkeit des Unternehmens ist es sicherlich, daß der ausgezeichnete Münchener Hygieniker Pettenkofer, eine Autorität ersten Ranges, zu der Sanitätskonferenz in Dresden nicht eingeladen worden. Der berühmte Gelehrte vertritt bekanntlich einen Standpunkt, der den von Koch verfochtenen Anschauungen, die dem Reichs-Seuchengesetz zu Grunde liegen, in wesentlichen Punkten widerstreitet. Es ist gerade deshalb bedauerlich, daß er zu den Dresdener Konferenzen nicht hinzugezogen wurde. Einseitigkeit ist doch gerade hier von Uebel, und höher als Eifersüchteleien einer wissenschaftlichen Junst steht das Gemeinwohl, das des Rathes aller hervorragenden Sachkenner bedarf. —

Preussische Eisenbahnvorlagen. Der Gesekentwurf wegen Erweiterung und Vervollständigung des Staats-Eisenbahnnetzes ist dem Hause der Abgeordneten zugegangen. Derselbe schließt mit einem Gesamt-Kostenanswande von rund 48 Millionen Mark ab, darunter rund 20 Millionen zur Beschaffung von Betriebsmitteln für Neubausrecken und für die bereits bestehenden Staatsbahnen. —

In Wurzeln hat die sozialdemokratische Mehrheit der Stadtverordneten die 2000 M. gestrichen, welche früher das Bürgerthum aus städtischen Mitteln als Zuschuß zur höheren Töchterschule eingekauft hat. Die sozialdemokratischen Gemeinderaths-Mitglieder erklärten, daß die Gründung der höheren Töchterschule dem Standesdünkel der reicheren Klasse entsprengen sei und meinten, daß diejenigen Eltern, die eine ausnahmsweise Erziehung und Bildung und eine Absonderung ihrer Kinder von den anderen wünschen, auch die Kosten dafür allein tragen sollten.

Das Bürgerthum von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ an bis zur „Freisinnigen Zeitung“ billigt diesen Beschluß natürlich nicht. Dieser Beschluß aber ist verständig und folgerichtig. Thatsächlich trägt das arbeitende Volk, die große Masse der Steuerzahler die Hauptlast der Schulausgaben, die Arbeiter sind es in erster Reihe, aus deren Tasche die staatlichen und gemeindlichen Zuschüsse für die Unterrichtsanstalten bestritten werden. Und die amtliche Statistik belehrt uns darüber, daß den Böwenantheil dieser öffentlichen Zuschüsse die höheren Lehranstalten, Realschulen, Gymnasien, Hochschulen (Lyzeen, Akademien, Polytechnika, Universitäten) davontragen, während die Volksschule am stiefmütterlichsten behandelt wird. In Preußen z. B. beträgt der Aufwand für den Elementarschüler 23,5 M., für den höheren Schüler 166,7 M., für den Universitätsstudenten 566,9 M., für den höheren Schüler also 7,3 Mal, für den Studenten etwa 20 Mal so viel als für das Arbeiterkind, das die Elementarschule besucht. Wie kommt also das Proletariat zu dem Anspruch, daß die Arbeiter, wenn sie es in der Hand haben, Wandel zu schaffen, ihm seine Sonderrechte erhalten sollen? Hat die Bourgeoisie die Forderung der Arbeiter: Unentgeltlichkeit des gesamten Unterrichtswesens erfüllt? In Sachen und in vielen Gegenden Deutschlands sonst müssen die Proletarier sogar noch das Volksschulgeld für ihre Kinder selbst zahlen. Den Großbürgern aber soll der ausgeplünderte Arbeiter noch Geld dazu beisteuern, auf daß die „höhere Tochter“ eine feinere Bildung erhalte. So beliebe es den bildungs-hungrigen Vätern der bishenden Kreise, in ihre eigene Tasche zu greifen und aus ihren reichen Mitteln den Zuschuß zu zahlen, anstatt als Schnorzer in Frack und Seidenhut beim Arbeiter sechsen zu gehen! —

Vom festen Zentrumsthrum. Herr Lensing, der ultramontane Kandidat für Dortmund, ist ein Fusangel nahestehender, demokratisch angehauchter Katholik, der offen gegen die Militärvorlage auftritt. — In einer Zuschrift aus dem bayerischen Wald an die „Passauer Zeitung“ heißt es: „Wir wissen, daß wir einen Reichstags-Abgeordneten für unseren Wahlkreis in der Person des Herrn Domkapitulars Weiß haben; wir wissen aber auch, daß derselbe selten seinen Sitz im Reichstag einnimmt, obwohl wir zur Zeit so nothwendig einen Vertreter für unsern Wahlkreis bedürfen, der unsere Interessen auch in der That vertritt. . . . Durch Erfahrung werden auch wir Bauern klug, und sie lehrt uns, bei den nächsten Wahlen für uns zu sorgen. Bei den nächsten Wahlen werden wir einen Mann aus unserer Mitte wählen, der den bayerischen Wald und unsere Interessen kennt, und das versteht der Bauer besser als der Geistliche.“ Und für die bayerischen Landtagswahlen versagen die Bauern gleichfalls die Heredesfolge. In dem oberpfälzischen Zentrumswahlkreise Neumarkt-Weilngries, wo Hofbesitzer Lenzer und Stadtpfarrer Triller bisher das Mandat inne hatten, will man von deren Wiederwahl nichts wissen, und wie groß die aufrehrerische Bewegung dortselbst ist, ergibt sich daraus, daß bereits von verschiedenen Seiten zehn Kandidaten in Vorschlag gebracht wurden, die aber alle der Parteileitung nicht genehm sind. —

Die Junker des Kreises Jerichow haben in einer Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins zu Schönhausen den „genialen“ Sohn des großen Staatsmannes, Graf Herbert Bismarck als Kandidaten für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Reichstage aufgestellt. Ob dieser unfähige Geiz, der dank einer schmähtlichen Letterwirthschaft zu den höchsten Stellen im Staat gelangt war, an beiden Enden der Leipzigerstraße parlamentirt oder nicht, ist für den Gang der Dinge recht gleichgiltig. Vermuthlich wird er als treuer Sohn seines Vaters am höchsten das Landtagsmandat schätzen, das Tagelöhner abwirft. Diese Null wird zu den übrigen abeligen Nullen hinzutreten, das ist alles. —

Zur Entmündigungssrage. Ein Berliner Handwerker ist wegen vermeintlichen Irzsinns entmündigt. Trotz des Entmündigungsbefchlusses läßt er nach wie vor seine Thätigkeit aus, ohne irgendwie Jemandem Anlaß zu der Vermuthung, er sei geisteskrank, gegeben zu haben. Da

ihm aber die Entmündigung begreiflicher Weise lästig ist, hat er, auf ärztliche Gutachten gestützt, beantragt, seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen und Aufhebung der Entmündigung herbeizuführen. Das Amtsgericht hat ihn daraufhin dahin beschieden, er solle zunächst ein P h y s i k a t a s g u t a c h t e n beibringen. Der Physikus lehnte seine Instruktion gemäß ab, ohne ausdrücklichen beiderseitigen Auftrag, ihn zu untersuchen. Den Antrag des Entmündigten, ein solches Gesuchen an den Physikus zu richten, hat das Amtsgericht abgelehnt. Seine Beschwerde über diese Ablehnung ist trotz direkter Beschwerde bei dem Justizminister zurückgewiesen. Wir bezweifeln nicht, daß die Behörden dem Gesek gemäß entscheidend haben. Ist dem aber so, so wird von Neuem bewiesen, wie unhalbar unsere Irren-Gesekgebung ist: der einmal Entmündigte ist danach nahezu rechtlos, wenn ein Amtsrichter es ablehnt, den Physikus mit einem solchen Auftrage zu versehen und trotzdem vor Einleitung des auf Wiederaufhebung der Entmündigung abzielenden Verfahrens die Beibringung eines solchen Attestes verlangt. —

Theodor Barth. Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Barth erklärt in der „Liberalen Korrespondenz“, der Bericht über sein Interview, wozüber wir gestern unsere Leser unterrichtet, bedürfe keines formellen Dementis. „Ich pflege“, schreibt Barth, „in der „Nation“ alle acht Tage mich in Artikeln mit Namensunterchrift und auch sonst rednerisch über öffentliche Angelegenheiten zu äußern. Es liegt auf der Hand, daß man unter solchen Umständen nicht einem Herrn, der sich als Interviewer einführt, Mittheilungen macht, die mit den seit Jahren öffentlich dokumentirten Anschauungen zum Theil in direktem Widerspruch stehen.“ Wir hatten uns darauf beschränkt, Barth's Ausführungen über die Sozialdemokratie wiederzugeben. Und sicher bezieht sich auf diese das Dementi nicht, da sie, wie auch die deutschfreisinnige „Berliner Zeitung“ feststellt, sich mit der in der „Nation“ von Barth entwickelten Auffassung inhaltlich decken, mag auch das gesprochene Wort, wie dies natürlich, lebhaftere Farben aufzeigen, als das geschriebene. Der Interviewer der „Deutschen Zeitung“ ist, um auch dies zu verzeichnen, Herrmann Bahr, der Vielgewandte, Verfasser der „Einsichtslosigkeit des Herrn Schaffle“, gewesen. —

Ein neues Mittel gegen die Sachfengängerei. Zur Bekämpfung der Sachfengängerei der polnischen Arbeiter ist vor kurzem auf Anregung und unter dem Protektorat des Erzbischofs von Stablenki für die Diözese Gnesen-Posen eine Bräderschaft des heiligen Jsidor ins Leben gerufen. Sie will Arbeiter und Arbeiterinnen durch „Beschaffung von entsprechendem Einkommen so viel als möglich in der Heimath- Diözese zurückhalten“ und, falls jene doch wegziehen, sie „im engen Zusammenhange mit der Kirche“ erhalten. Mitglied ist jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die für die Sommermonate außerhalb der Heimath auf Arbeit gehen. Entschendet man diese ultramontane-polnische Gründung ihres sozialpolitischen Plittertands, so bleibt als greifbarer Rest nur das Eine: die Bräderschaft soll die polnischen Arbeiter im Zwang und Bannkreise kirchlich-junkerlichen Einflusses erhalten und sie vor einem Zusammenstoß mit der sozialen Bewegung behüten. Denn daß der Alerus, falls er es wirklich versuchen sollte, bei den Großgrundbesitzern keine Gegenliebe fände, wenn er für die Jsidor-Brüder wirklich „entsprechendes Einkommen“ suchte, versteht sich am Rande. Und in Wirklichkeit ist dieses „entsprechende Einkommen“ nur das schönrednerische Brimborium, um den reaktionären Zweck zu verstecken. —

Aus dem Reiche des Herrn v. Stephan. Der als Antisemit bekannte Postassistent Schulze, der Vorsitzende eines antisemitischen Vereins in Breslau, ist zum 1. April nach Frankenstein verlegt worden. Natürlich liefert die Strafversetzung den Antisemiten vortrefflichen Agitationsstoff, und die Postverwaltung offenbart zum wir wissen nicht wie vielen Male, daß sie die Freiheit der Meinung in ihrer Art zu „wahrigen“ versteht.

Das Depeschen-Bureau „Herold“ meldet unter'm 5. April:

Dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten hat der Staatssekretär des Reichs-Postamtes von Stephan die Mittheilung machen lassen, daß der Verband amtlich anerkannt werden würde, sobald sich lechtere von dem Gründer und eigentlichen Leiter des Verbandes, dem früheren Postassistenten Funk, losage. Der Verband geht auf diesen Vorschlag nicht ein.

Des römischen Cäsars Wort: Kein Tag ohne Feile! läßt sich in das geliebte Stephan-Deutsch übertragen: Kein Tag ohne Eingriff der Stephan-Fischerei in das geschlich gewährleistete Koalitionsrecht deutscher Staatsbürger! Nicht mehr und nicht weniger verlangt der an chronischer Dichteritis leidende General-Postgewaltige, als daß die organisirten Post-Unterbeamten ihren Verband zu einem willensvollen Werkzeug der Vorgesetzten degradirten und ihren Vertrauensmann im Stiche lassen sollen. Ehrenhafte Männer antworten auf diese Zumuthung mit einem entschiedenen, kurzen Nein! So ist es denn auch geschehen. Hat der Verband durch den Sturm und Drang aller Maßregelungen und Chikanen seinen Weg sicher und glücklich gefunden, so kann er leicht darauf verzichten, daß ihm die Gnadensonne einer mit Preisgabe seiner Unabhängigkeit gleichbedeutenden „amtlichen Anerkennung“ leuchte. Es geht heutzutage ein guter Zug durch die deutschen Postunterbeamten, und seines Bestes haben die Stephan und Genossen einen Hauch verspürt. Würden sie sonst Kompromisschen einzufädeln suchen? Herr Griesbach mag wohl berichtet haben über den Ausgang der Generalsammlung des Spar- und Vorkehrungsvereins, jener Generalsammlung, die Herr Fischer, der Chef der dritten Abtheilung, zum ersten Male nicht besucht hat. Ob er geahnt hat, was kommen würde? Jedenfalls ließ sich „der Lord entschuldigen“, er war verreist! —

In Sachen Schindler erhält die „Frankfurter Zeitung“ eine offiziöse „Berichtigung“, die nicht frisch und nicht fleisch ist. Sie lautet: „Von vertrauenswürdiger Seite erhalten wir die Aufklärung über die Ernennung des Herrn Ober-Amtsrichters Schindler zum Amtsgerichtssekretär. Die bekannte Rede gegen Konservative und Junker steht danach mit dieser „Beförderung“ nicht im Zusammenhang, diese ist vielmehr das Resultat eines Disziplinarverfahrens, das seit mehreren Monaten schwebte und mit

der Zustimmung des Herrn Schindler zu seiner Vernehmung endete. — Vielleicht findet dieser badische „Aufklärer“ Günstige. —

„Selbsthilfe“. An leitender Stelle veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrer Dienstagnummer die in dem Fachblatt: „Der Landwirth“ veröffentlichten Mahnworte eines alten Landwirths an seine Berufsgenossen. Darin heißt es: Die Landwirthschaft (das: Der Großgrundbesitz) könne nicht behaupten, sie habe in letzter Zeit zu wenig Beachtung gefunden. Der „Bund der Landwirthe“ werde hoffentlich eine „angemessene Vertretung dieses ersten und ursprünglichsten Gewerbes“ sichern. Aber mehr als Regierung, Parlament, Presse könne der Landwirth selber für sich thun. Der „alte Landwirth“ rath zur rationellsten Bewirthschaftung, den Uebergang zur neuzeitlichen Technik, das selbstthätige Eingreifen. Er schließt: „Des Herrn Fleiß hängt den Acker wohl, d. h. des Herrn Fleiß und Intelligenz sichert den Erfolg.“ Mag dieser getreue Schardt des Großgrundbesitzes auch recht verständige Rathschläge ertönen. Aber es hiesse den Privilegien unserer abgewirthschafteten und raffigierten Junker schlecht kennen, wenn man meinte, daß dieser halbamtliche Wirt mehr Eindringlichkeit hinterließe, als ein Laubblatt auf dem Wasserpiegel. —

Sächsischer „Schneid“. Wegen des Verbots einer Arbeitslosen-Statistik in Dresden seitens der Polizeidirektion hatten die Veranstalter der Statistik, nämlich der Verein Central-Kommission der Dresdener Gewerkschaften, Beschwerde bei der Kreis hauptmannschaft erhoben. Diese Beschwerde ist nunmehr als ungerechtfertigt beschieden und damit das Verbot der Arbeitslosen-Statistik bestätigt worden. Ein treffliches Mittel, gesellschaftliche Mißstände und politische Uebel zu beseitigen, wäre hiermit dank dem Spürsinn der sächsischen Staatsmänner gefunden. Das Volk hungert, der Hunger wird glattweg verboten. Schwindel und Alkoholisimus bezimern die Armen und Glenden, die Polizeidirektion schafft durch einen einfachen Erlass in üblicher Gestalt die peinlichen Dinge aus der Welt. So kann die Cholera und die Mänseuche, die Reblaus und die Weibernoth verboten werden. Läßt sich die Lecke, ausringliche Gesellschaft trotzdem in der Amtshauptmannschaft Dresden bilden, so werden die Polizeihast und der Schub die Luft reinigen. —

Gothaisches. Ein Antrag, den unser Genosse Bodin im gothaischen Landtage auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts gestellt hatte, ist nicht mehr zur Verhandlung gekommen. Dafür hat die liberale Mehrheit die Jucherschreie Mißstände durch ihre Abstimmung gebilligt: das ist rühmlicher und deutschfreisinnig. —

Panama. In dem am 5. d. Mts. abgehaltenen französischen Ministerrathe theilte der Minister des Aeußeren, Develle, mit, daß die Regierung von Columbia eine Verlängerung von 20 Monaten für die französische Konzession zum Bau eines Panamakanals zugestanden habe. —

Das neue französische Ministerium ist ein Udenbüßer, in der Verlegenheit des Augenblicks geschaffen und bereit, in die Verfertigung herabzusteigen, wenn Erfolg gefunden ist. —

Das neue Kabinet wird, wie „Wolffs Tel.-Bureau“ meldet, die Forderung an die Kammer stellen, die Reform der Getränkesteuer von dem Budget zu trennen, unter der Bedingung, daß der Senat diese Vorlage demnächst in Gestalt eines besonderen Gesetzentwurfes berathe. Die Regierung werde versprechen, die von der Kammer genehmigte Reform der Gewerbesteuer zu unterstützen und vom Senate zu verlangen, daß dieser dem Gesetzentwurf über die Besteuerung der Vorfengeschäfte seine Zustimmung gebe mit der Einschränkung, daß die Konzesse nicht aufgehoben, sondern einem Reglement und gewissen Bedingungen bezüglich der Nationalität des Konzessaires unterworfen würde, was ein chauvinistisches Zugeständnis zu Gunsten der Franzosen, zu Ungunsten der ausländischen Wörsenhait bedeutet, und daß der Abschluß verfechteter Geschäfte verhindert werde. Das Budget würde, falls die Kammer in diesen Fragen sich auf den Standpunkt der Regierung stelle, Ende dieser Woche bewilligt werden. —

Italien. Vor einigen Tagen wurde die Amtsenthebung des Generaldirektors der Sizilianischen Bank, des Herzogs Della Verdura gemeldet. Die Palermitanische Zeitung „Gibus“ veröffentlicht nun einen Brief des Premierministers Giolitti vom 29. Oktober 1892 an den Senator Tenerelli, worin dieser gebeten wird, sich beim Generaldirektor der Sizilianischen Bank, Herzog Della Verdura, zu verwenden, daß der Zeitung „Favo“, welche bei den Wahlen den Unterstaatssekretär Marchese Sidoniguliano unterstützte, ein Wechsel über 18 000 Lire diskontirt werde. Ferner veröffentlicht dasselbe Blatt den Brief eines römischen Journalisten, dessen Namen es nennt, worin dieser auf Empfehlung des Ministers Lacava 7000 Lire fordert, die er am Abend vorher im Baccarat verloren habe. Die Veröffentlichung der Briefe ist die Antwort auf die Suspension des Herzogs vom Amte. — Die Radikalen bereiten einen Gesetzentwurf vor, der die Abschaffung des Salzmonopols sowie der Rahrmittelzölle verlangt und den dadurch entstehenden Ausfall durch eine Erhöhung der Reutensteuer auszugleichen sucht; ferner soll die Erbvererbung nur bis auf die Verwandten fünften Grades beschränkt sein und beim Mangel solcher der Nachlaß den Arbeiter-Kooperativ-Genossenschaften zufallen. —

Walsour, der Nefse Salisbury's, agitirt in Irland gegen die Gladstone'sche Home rule-Vorlage. So fand am 4. April in Belfast eine große Kundgebung der protestantischen Bourgeois der irischen Provinz Ulster statt. Diese sind Gegner von Home rule, weil es das Ende ihrer Bettenwirthschaft und ihrer Vorrechte bedeutet, sie maskiren den Futterneid aber wie üblich unter kulturkämpferisch-religiösen Redensarten. —

Für die Pressefreiheit begeistert sich sogar die konservativste „Post“, jenes Konfessionsorgan, das an graden Tagen für den Differentialzoll, an ungraden für die Handelsvertrags-Politik eintritt, das am Sonnabend für, am Sonntag, aus dem 11. gegen die Miquel'schen Steuer-gesetze sich ins Zeug legt. D. h. für die Pressefreiheit — in

England. Man liest in dem Blatt: „Einen ungeordneten Eingriff in die Freiheit der Presse hat sich der Sergeant-at-Arms des britischen Unterhauses erlaubt. Vor einigen Tagen hatte der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ den Abgeordneten Russell, einen unermüdlichen Soldling des Unionismus“ genannt. Der Abgeordnete schickte sich durch diesen Ausdruck beleidigt und brachte die Sache im Hause zur Sprache, da ihm aber auf allen Seiten, auch von Gladstone'schen Erklärungen abgegeben wurden, ließ er die Sache auf sich beruhen. Der Sergeant-at-Arms aber sandte dem „Daily Chronicle“ einen Brief, in welchem er dem parlamentarischen Berichterstatter vorwarf, daß er das ihm gemahnte Vorrecht, den Verhandlungen beizuwohnen, mißbraucht habe, und ihn für die Zukunft warnte. Das Blatt druckte den Brief ab und am anderen Tage fragte der irische Abgeordnete Sexton den Sprecher Peck, ob der Brief mit seiner Zustimmung geschrieben worden sei und ob er auch die „Times“ verwarnen wolle, welche die irischen Abgeordneten ebenfalls „Söldlinge“ genannt habe. Der Sprecher erklärte, daß er den Brief Erklärungen gebilligt habe, daß derselbe aber nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen sei. Nach kurzer Debatte wurde die Frage fallen gelassen. Ein großer Theil der Presse verurtheilt entschieden den Versuch, dieselbe einer Art Zensur zu unterwerfen. — Kommt die deutsche Pressefreiheit auf's Tapet, so wirft die „Post“ für ihre Besichtigung, koste es was es wolle, und Verbote, Beschlagnahmen, Prozesse sind ihr eine liebliche Waffe im Kampfe gegen unbotmäßige Blätter. —

Ungarische Schmerzen. Die ungarischen Bourgeois und Junker sind kopflos, weil der Kaiser nicht nach Pest kommt. Er „meidet“ schlicht die Pest-Beldsackpresse, die „Ofener Burg“. Der „Mik“ soll erfolgt sein, weil der Führer der ungarischen Revolution Kossuth zum Ehrenbürger von Pest ernannt worden sei, und weil die Honvedvereine (Honveds sind die nationalen Truppen) sich geweigert hätten, das Grab des ehelosen, nordbrichigen Landknechts Hengst zu bekränzen. Natürlich sind diese Händeleien innere höfisch-bürgerliche Angelegenheiten. Späßhaft aber ist es, wenn der „Wossischen Zeitung“ aus Pest telegraphirt wird: „Sämmtliche Oppositionsblätter erklären heute, in Ungarn gäbe es keine Republikaner und Sozialdemokraten. Die unerschütterliche Treue Ungarns gegen seinen Fürsten in Zweifel zu ziehen, sei Verleumdung und Unverstand.“ So profitirt sich die ungarische Bourgeoisie, die ihr 1848 und die Denker Windischgrätz, Jellacic und Konforten vergessen hat. Daß in Ungarn eine einflussreiche sozialdemokratische Bewegung seit Jahrzehnten blüht und gedeiht, angefeindet und verläumdert von eben dieser „Oppositions“-presse, welche sie jetzt mit nichts dir nichts fortlangnet, ist so bekannt, daß wir kein Wort weiter darüber verlieren. —

Aus England.

London, 30. März 1893.

In einem meiner letzten Briefe wies ich auf den Unterschied hin, den die Frage der Taktik für die Sozialdemokratie in einem Lande mit wirklich parlamentarischer Regierung, wie England, gegenüber dem noch halb absolutistisch regierten Deutschland darstellt, wie ungleich schwieriger sie in letzterem Lande sich stellt. In Deutschland ist die Marschroute der Sozialdemokratie in allen wesentlichen Punkten von vornherein gegeben, die Gefahr, im Parlament und durch die Theilnahme an den Wahl- und Parlamentskämpfen von ihr abgelenkt zu werden, eine minimale. Das bishigen Parlamentarismus, das Deutschland besitzt, ist nicht viel älter als seine Sozialdemokratie, dieselbe arbeitete auch in dieser Hinsicht auf „jungfräulichem Boden“ und war in der glücklichen Lage, sich eine eigene parlamentarische Tradition zu schaffen, ehe noch die Situation sich übermäßig komplizierte. In England findet die Sozialdemokratie in dem Moment, wo sich ihr die Thüren des Parlaments öffnen, den Parlamentarismus als von lange her herrschende Macht und mit ausgearbeiteten Ueberlieferungen für alle möglichen Komplikationen vor, Ueberlieferungen, die sich beim besten Willen nicht länger Hand ignoriren lassen. Gleich Franzosen stellen sie sich dem Neuling in den Weg und man muß theoretisch und praktisch sehr gut beschlagen sein, um nicht angeführt ihrer entweder zur Sekularer oder zur Oppositumerei getrieben zu werden. An diesen Klippen scheiterten bisher alle Versuche, eine selbständige sozialdemokratische Partei in England zu bilden. Entweder vorwärtsdrückte man sich hinter einen Wall sektiererischer Enthaltungsprinzipien und schnitt sich damit selbst jeden Einfluß auf die breite Masse des Volkes ab, oder man jagte dem möglichen Erfolge nach und war, ehe man es sich versah, im Fahrwasser irgend einer der beiden großen kapitalistischen Parteien.

Die Sozialist League mit ihrem anarchischen Anhang auf der einen Seite und die gewerkschaftlichen Arbeiter-Abgeordneten auf der anderen Seite stellen die Extreme dieses Gegensatzes dar, der sich aber in allerhand Variationen wiederholt. Die Sozialdemokratische Föderation zum Beispiel hat ein unansehnliches Aktionsprogramm, aber ihre Aktion hat noch fast immer eine stark sektiererische Färbung zur Schau getragen. Die Fabian Society hat der Sozialdemokratie Englands Agitationspamphlete geliefert, die als Muster praktischer Auffklärung bezeichnet werden können; aber ihre politische Praxis ist vollständig bis zum Extrem. Was diese beiden Körperschaften durch ihre durchaus anguerkennende propagandistische Thätigkeit auf der einen Seite gewinnen, verlieren beide auf der anderen Seite durch ihre Sicht, die Arbeiterbewegung von oben herab zu bevormunden. Sie schnitten sich auf diese Weise selbst die Möglichkeit ab, die Arbeiterpartei zu werden, und so entstand bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit, als reines Kind des Augenblicks, gezeugt durch die Nothwendigkeit die unabhängige Arbeiterpartei.

Trotz vieler günstiger Vorzeichen bei und seit ihrer Gründung wäre es doch verfehlt, zu behaupten, daß sie bereits in Wirklichkeit das sei, was ihr Name ausspricht, eine Arbeiter-Partei. Sie ist erst der Anfang einer solchen. Noch wird sie den Beweis ihrer inneren Lebenskraft, ihrer, wenn ich mich so ausdrücken darf, politischen Gesundheit abzugeben, wird sie darzutun haben, daß sie im Stande ist, den Gefahren Neuzug zu begegnen, die ihr innerhalb und außerhalb des Parlaments im Wege stehen. Das ist ein gutes Programm allein nicht thut, haben wir gesehen, die Partei muß auch zeigen, daß sie mit demselben den rechten Geist vereinigt. Der Titel „unabhängig“ genügt nicht, denn wie oft hat dieses Wort nicht schon den Deckmantel für die schmutzigsten Erpresser-Manipulationen abgeben müssen — die Partei muß durch ihr thatfächliches Verhalten ihm eine Deutung geben, die jede herabwürdigende Auslegung des Wortes fügen kraft.

Das Letztere ist um so notwendiger angesichts der Wachstums der Herren Champion und Maltona Barry. Was man sich früher nur privatim erzählt, ist gelegentlich der ersten Konferenz des Vorstandes der unabhängigen Arbeiterpartei, die am 13. März in Manchester stattfand, offen zur Sprache gekommen. Herr Champion scheint nicht blaguiert (gesunkert) zu haben, als er von den Mitteln für 100 Arbeiterkandidaturen sprach, die er

zur Verfügung habe. Von den 400 Pfund Sterling, die er am Vorabend der letztjährigen Hauptwahl durch die „Workman's Times“ für die vier Londoner Arbeiterkandidaten spendete, wurde seinerzeit im „Vorwärts“ berichtet. Seitdem reißt Herr Champion unablässig im Lande herum und bietet mit vollen Händen Geld für Arbeiterkandidaturen an — merkwürdigerweise fast nur in Wahlkreisen, die jetzt durch Liberale vertreten sind oder wo die Liberalen bei der letzten Wahl mit knappen Minderheiten unterlegen sind, also bei einer etwaigen Neuwahl die Möglichkeit hätten, den Torykandidaten zu besiegen. Ob überhaupt und in wie vielen Fällen seine Anerbietungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind, läßt sich natürlich nicht feststellen, da diejenigen, die etwa Geld genommen, nicht sehr beiligt sein werden, es an die große Glocke zu hängen, man weiß nur von den Fällen, wo Champion entweder rundweg abgewiesen oder aufgefordert wurde, vorerst doch einmal Rechenschaft über die Quelle seines — ich hätte beinahe gesagt: Panamafonds abzulegen. Das erstere geschah u. a. von Seiten des Herrn John Lister, der letzthin für die Unabhängige Arbeiterpartei in Hantsford kandidirte, sowie von Seiten eines anderen Mitgliedes der unabhängigen Arbeiterpartei im Norden Englands, dem Champion Geld angeboten hatte, um bei der Nachwahl in Pontefract zu kandidiren. Auch von Edw. Keeling, dem Champion zur Zeit der letzten Hauptwahl Geld zur Aufstellung seiner Kandidatur in Northampton angeboten, erhielt Champion eine ablehnende Antwort. Von Sozialisten in Nottingham, denen Champion ebenfalls Geld behufs Aufstellung eines Arbeiterkandidaten offerirt, wurde Champion dagegen die obige Frage vorgelegt und dahin beantwortet, daß Geld stamme aus verschiedenen Quellen, von Tories, von Liberalen und von Sozialisten. Neuerdings wiederum soll es nur der eine große Wohlthäter, der Seifen-Hudson, sein, der Champion mit den nötigen Mitteln für seine politischen Streifzüge versieht. Wie dem nun sei, sauber ist die Geschichte auf jeden Fall, denn wenn Herr Hudson wirklich nur das Interesse der Arbeiterklasse im allgemeinen und der jungen Partei im besonderen im Auge hätte, so giebt es bessere, geradere Mittel, dies zu betätigen, statt daß er sich hinter ein oder zwei, in ihren Mitteln so wenig wählerische, niemand für ihr Thun und Treiben verantwortliche Personen stellt und sie in die Lage versetzt, das Gift der Korruption in die Partei hineinzutragen. Das und nicht anderes ist die Art, wie Herr Champion mit den ihm aus den verschiedenen Quellen“ zugeflossenen Gelde operirt.

Der Vorstand der unabhängigen Arbeiterpartei hat sich denn auch veranlaßt gesehen, sich auf seiner Konferenz mit der Angelegenheit zu befassen, und nach eingehender Beratung eine Resolution beschloß, dahin, daß er jede Verantwortung für Personen ablehnt, die als unabhängige Arbeiterkandidaten auftreten, ohne von ihm oder der Parteikonferenz als solche anerkannt zu sein. Die Resolution ist nicht so scharf und ungewidrig, als sie meines Erachtens sein sollte — eine ungleich radikalere von Keeling gestellt und namentlich von den Vertretern aus Lancashire lebhaft unterstützt, war in der Minderheit geblieben — aber sie hat den Stein ins Rollen gebracht, und für das Uebrige wird Herr Champion wohl selbst sorgen. In der neuesten Nummer des „Labour Elector“ greift er bereits verschiedene Mitglieder der Arbeiterpartei an und droht mit weiteren Angriffen und Enthaltungen, wenn man ihm das Spiel verweigere. Nun die gleichzeitig erschienenen „Workman's Times“ einem sehr dazu geeigneten Artikel aus der Feder des Redakteurs des Blattes gebracht haben, so darf man hoffen, daß die Sache nicht so bald zur Ruhe kommt. Je eher die Partei diese kompromittierende Uebnenschaft los wird, um so besser. Was sie auf der einen Seite — an etwaigen persönlichen Anhängern Champions — dabei verliert, wird sie auf der anderen Seite doppelt und dreifach dafür gewinnen.

Dies zeigt gerade das Beispiel Manchester's. Die Delegirten von dort haben schon auf der Bradforder Konferenz sich auf das Energischste gegen die Champion'sche Taktik ausgesprochen und diesen Standpunkt auch, wie schon erwähnt, auf der jetzigen Vorstandskongress vertreten. Welchen Anhang aber die Bewegung gerade in Manchester erlangt hat, bewies die in Verbindung mit der Vorstandskongress abgehaltene Konföderation in der Manchester Free Trade Hall. Dieser Saal, der für fünftausend Menschen Sitzplätze hat, war aus allen diesen, sowie aus allen Stützplätzen vollbesetzt, und eine Resolution zu Gunsten der unabhängigen Arbeiterpartei fand unter den Tausenden, die gekommen waren, die Redner der Arbeiterpartei zu hören, bei der Abstimmung nur zwei Opponenten.

Es ist sehr gut, daß die Partei im industriellen Norden ihre Hauptstärke hat. Dort ist das geschulteste und zuverlässigste Element der englischen Arbeiterklasse. Was die Arbeiter in Lancashire und Yorkshire einmal verfaßt haben, lassen sie so leicht nicht wieder los. Darum ist auch nicht zu erwarten, daß mit der jetzt erfolgten Beendigung des Lockouts der Spinnereiarbeiter Lancashire's die Bewegung einschlafen oder zurückgehen wird. Dazu ist erstens das Uebergebiß des über zwanzig Wochen aufrechterhaltenen Kampfes ein viel zu unglückliches für die Arbeiter. Ob sie unterlegen sind oder die Jubelanten, ist eine Streitfrage, auf die ich hier nicht eintreten will; jedenfalls haben sie in einigen Punkten nachgeben müssen, und in anderen nichts erlangt, was sie nicht vorher schon hatten. Ferner aber ist es nicht der Lockout an sich, der in Lancashire der sozialistischen Agitation die Wege ebnet. Dazu ist derselbe auf diesem klassichen Boden der Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit eine viel zu bekannte Erscheinung. Aber der diesmalige Lockout hat den Arbeitern ein Bild von den Zuständen, denen sie unter den heutigen Verhältnissen zutreiben, enthalt, dessen eindringlicher Sprache sie sich nicht entziehen konnten. Und da der Friedeschluß an diesen Verhältnissen nichts ändert, ist auch nicht abzusehen, warum er der sozialistischen Propaganda Abbruch thun sollte.

Von sonstigen Beschlüssen der Konferenz sei noch erwähnt, daß Edw. Keeling, Keir Hardie und der Parteisekretär Shaw Maxwell zum internationalen Kongress nach Zürich delegirt wurden und Keeling außerdem einstimmig beauftragt wurde, die Partei auf der inzwischen stattgehabten Konferenz in Brüssel zu vertreten.

Briefkasten der Redaktion.

N. M. 100. Zur Zahlung der Rückkosten war die Herrschaft nicht verpflichtet. Die Kündigung ist allenfalls in wirksamer Weise, nicht aber zur rechten Zeit erfolgt. War das Dienstmädchen monatsweise gemietet, so war die am 22. März ausgesprochene Kündigung erst zum 1. Mai, war die Dienstzeit eine längere, war die am 22. März erfolgte Kündigung erst zum 1. Juli wirksam. Das Dienstmädchen muß sich zunächst mit dem Entzage an die Polizeibehörde wenden, die Herrschaft zu veranlassen, sie wieder anzunehmen. Ist die polizeiliche Aufforderung vergeblich erfolgt, so kann Klage (beim Amtsgericht) erhoben werden. Die Klage geht auf Lohn und angemessenes Kost- und Logisgeld (etwa 1 50 M. pro Tag). Das Gewerbegericht entscheidet nicht in Gesandtschaften.

6-jähriger Abonnent. 1. Die Abholung der Wäsche in der Zeit von 7—10 und 12—2 U. N. nicht verboten; eine Entscheidung hierüber haben wir nicht auffinden können. 2. Anmeldung geschieht auf dem Polizeirevier Ihrer neuen Wohnung.

N. 1000. Die Sonntagsruhe darf in der von Ihnen mitgetheilten Weise nicht verletzt werden; wo, an welchem Orte findet ein Gewerbebetrieb von 7 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends am Sonntag statt?

N. Jotisch. Ihre Anzeige ist unverständlich; bitte um Besuch zwischen 12 und 1 Uhr.

Georg Werker 499. Für die Schilde haftet nur der, der sie zerklagen hat.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 6. April.
Opernhaus. Lannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
Neues Theater. Die Anna-Lise.
Deutsches Theater. Der Lakon.
Berliner Theater. Viel Lärm um Nichts.
Kessing-Theater. Hanna Jagert.
Wallner-Theater. Der Proberseil.
Kroll's Theater. Der Wildschütz.
Residenz-Theater. Die beiden Champignol.
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Orpheus in der Unterwelt.
Thomas-Theater. Standhafte Liebe. — Wenn man im Dunkeln läuft.
Viktorie-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Die Drey.
Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionseuse.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 5 Male:
Goldlotte.
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannsdorf.
 Komplett theilweise v. G. Görs.
 Musik von G. Stofens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Novität! Novität!
Der Dussel
 (Nulpus)
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
 (Klemm-Ede. Martin Bendix)
Alfred Bender
 in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
 Blank, der beste Bauchredner.
 Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Castan's Panopticum.
Akka-Zwerginnen.
Elektrisches Orchester.
Neue Illusion: Lotusblume.
 Andere Illusionen.
Fantochtheater.
 Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Passage-Panopticum.
Neu!
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Große Spezialitäten-Vorstellung
Vollständig neues Programm.
 J. Thaler, Kopsequilibrist, Schnellzeichner.
 Geschwister Wugor, Schwertkämpferinnen.
 Truppe Maritz-Gasch, Marmor-Tableau.
 Henry Bender, Gesangs-Humorist.
 Truppe Volter, Eccentric's comic.
 Mr. Henry, Jongleur auf der rollenden Kugel.
 Max und Lilly Gläser, Gesangs-Duettsisten.
 Brothers Gasch, Akrobatische Clowns.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
 Donnerstag, den 6. April:
 Abends 7 1/4 Uhr:
Ein Künstlerfest.
 Große Ausstattungs-Pantomime.
 Neue Einlagen mit überraschenden Licht- u. Wassereffekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumenchor.
 Grosses Brillant-Feuerverk.
 Außerdem: Mr. James Mills mit dem Schupferde Markir.
 Grande Quadrille de la haute équitation, ger. von 6 Damen und 6 Herren.
 Agai, Feuerpferd, vorgeführt vom Dir. Fr. Renz etc.
 Morgen, Freitag:
Parade-Gala-Vorstellung.
 Anfang 7 Uhr.
 Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentant“, Marktgrafenstraße 51a.
 Fr. Renz, Direktor.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
 Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
 An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Brauchbare 89502*
Sozialistische Theaterstücke etc.
 übernimmt jederzeit zum Druck und Verlag (Vertrieb)
A. Hoffmann's Verlag
Zeit, Centralhalle.
 Manuskripte nebst Bedingungen bittet einzusenden D. O.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Sommerhalbjahr.
 (II. Quartal 1893.)
 Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends. Sonntags von 8 bis 10 Uhr Vormittags.

	Nordschule. Müllerstr. 179a.	Südschule. Mariendorferstr. 5 bei Grube.
Montag	Deutsch (ob.).	Nationalökonomie.
Dienstag	*Kaufm. Rechnen, Wechselrecht, Korrespondenz.	Deutsch (unt.).
do.	Geschichte (alte).	—
Mittwoch	Deutsch (unt.).	Geschichte (mittl.).
Donnerstag	—	Deutsch (ob.).
Freitag	Physiologie.	—
do.	*Buchführung.	—
Sonntag	Gesetzeskunde.	—

	Ostschule. Markusstr. 31.	Südost-Schule. Reichenbergerstr. 133.
Montag	Gesetzeskunde.	Anatomie.
Dienstag	Deutsch (unt.).	*Gesetzeskunde.
do.	—	Deutsch (unt.).
Mittwoch	Logik.	*Rechnen.
do.	—	Deutsch (ob.).
Donnerstag	Physiologie.	*Kaufm. Rechnen, Wechselrecht, Korrespondenz.
do.	—	Geschichte (neue).
Freitag	Geschichte (alte).	Mathematik.
do.	Rechnen.	Physiologie.
Sonntag	Buchführung.	*Buchführung (doppelte).

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppelräume ertheilt.
 für alle vier Schulen an jedem Sonntag Vormittags v. 8—10 Uhr:
National-Ökonomie in Schöning's Restaurant, Stahlschreiberstraße 29.
 Die Teilnahme an dem Unterricht der ersten Woche im Semester steht Jedem, auch Nichtmitgliedern unentgeltlich frei.
 Für sämtliche Lehrbücher werden neue Schüler und Schülerinnen aufgenommen.
 Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist, erfolgen. Dasselbst wollen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Unterricht ihre Schulkarten einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur **Praxis à 25 Pf.** (welch' letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.
 Die Zahlstellen sind folgende:

- S.**
 Börner, Ritterstr. 108.
 Gründel, Dresdenerstr. 116.
 Klein, Schönleinstr. 8.
 Ehrenberg, Annenstr. 16.
 Schöning, Stahlschreiberstr. 29.
- SO.**
 Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
 Kehr, Köpnickstr. 128.
 *Schulz, Admiralsstr. 40 a.
 Ulrich, Brangelstr. 84.
 Zubeil, Raunynstr. 85.
 Schayer, Reichenbergerstr. 54.
 Fallorke, Brangelstr. 16.
- SW.**
 Grube, Mariendorferstr. 5.
 Windhorst, Junkerstr. 1.
 *Antrick, Steinmeßstr. 60.
- O.**
 Ostschule, Markusstr. 31.
 A. Böhl, Rüdesdorferstr. 8.
- E. Böhl, Frankfurter Allee 74.**
Radke, Krausstr. 48.
Loock, Friedrichsbergerstr. 11.
Ungerling, Dresdenerstr. 27.
- C.**
 Löwenberg, Alte Schönhauserstr. 18.
 Wernau, Hofenstr. 30.
- N.**
 Nordschule, Müllerstr. 179a.
 *Gleinert, Müllerstr. 174.
 Gnadt, Swinemünderstr. 120.
 Kleinan, Gartenstr. 171.
 Lehmann, Brunnenstr. 83.
 Schmidt, Treskowstr. 24.
 Raabe, Rappinerstr. 42.
 Meinhart, Pappel-Allee 3/4.
- NO.**
 *Gumpel, Barnimstr. 42.
 Drescher, Linsenstr. 50.
- NW.**
 Vogtherr, Stephanstr. 27a.
 Voss, Lüderstr. 8.
- Der Vorstand.**

Nach kurzer Krankheit starb am 4. d. Mts. unser lieber Kollege, der Schriftföher

Gustav Zöffel
 im 37. Lebensjahre. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
 Berlin, den 5. April 1893.
 Die Setzer d. „National-Zeitung“.
 Die Beerdigung findet am Freitag, Vormittag 9 Uhr auf dem St. Elisabeth-Kirchhof in der Prinzen-Allee statt.

Bitte!

Eine Wittve mit 5 Kindern im Alter von 2—11 Jahren, die im letzten Winter 1/2 Jahr krank gelegen hat und infolgedessen mit der Miethe restirte, weshalb ihr der Hauswirth alle ihre Habseligkeiten abpfänden ließ, bittet gute Menschen um ein paar abgelegte Kleidungsstücke für ihre Kinder. Die Frau wohnt Raunynstr. 4, rechter Seitenflügel, Kellerwohnung rechts. 8165

Zur **Maifester 1893** empfehle den Genossen ein zweckentsprechendes **Maifestreihen**. Bei dem billigen Preise und der geschmackvollen Ausführung dürfte dasselbe vielseitig Anklang finden und geeignet erscheinen, der Kasse einen namhaften Ueberchuss zuzuföhren. 81026
B. C. Buchwald, Altenburg S.-M.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 8906L
 am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
 Garantie für sicheren Brand.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
 Linsenstr. 149, 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Achtung! Handlungs-Gehilfinnen. Achtung!

Heute Abend 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Konstituierende Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Berathung des Statuten-Entwurfes.
 2. Definitive Wahl des Vorstandes.
 3. Beschlusfassung über die Ausgabe der Fragebogen.
 Um rege Theilnehmung bittet
 Die Einberuferin.
 189/11

Achtung! Achtung!

Fr. Vereinigung d. Getreideträger (Schipper) u. Speicherarbeiter.
General-Versammlung
 Sonntag, den 9. April, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Köllig's Salon, Neue Friedrichstraße 44.
 Tagesordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag des Genossen Beutler.
 4. Vereinsangelegenheit und Verschiederenes. 197/9
 Umtausch der alten Karten. — Aufnahme neuer Mitglieder.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Nepomuk-Bräu,

das neueste Produkt des „Böhmischen Brauhauses“.
 „Nepomuk-Bräu“ steht dem „echten Pilsener Bier“ des bürgerlichen Brauhauses in Pilsen vollkommen ebenbürtig zur Seite, da es aus denselben Materialien wie dieses hergestellt, nur durch Ersparsnis der Fracht- und Zollkosten bedeutend billiger ist.
 „Nepomuk-Bräu“ bedarf, um sich einzuföhren, durchaus nicht der „Manipulationen weitherziger Restaurateure“, die dem „Pilsener“ ähnliche Biere als „echte Pilsener“ verschänken, wie die Vertreter des Pilsener Bieres behaupten, denn es empfiehlt sich durch Glanz, Feiner und feinstes Hopfenaroma von selbst, wie ein Versuch bestätigen wird. 89469
 „Nepomuk-Bräu“ ist für Gesunde und Kranke ein leicht bekömmliches, wie leicht verdauliches Bier und wird ärztlicherseits deshalb auch allen Diabetikern und Brunnen-trinkern als labendes Getränk empfohlen.
 „Nepomuk-Bräu“ das neueste Produkt heimischer Industrie empfehlen wir deshalb geneigten Versuchen und bitten Theilnehmungen schriftlich oder per Fernsprecher: Amt VII, Nr. 5088. — Flaschenbier-Abtheilung Amt VII, Nr. 1670 an uns gelangen lassen zu wollen.
 Preise: in Flaschen (ohne Flaschenpfand, mit Patent- oder Korkverschluss) 20 Flaschen für 3 Mark. 1/2 Tonne 4,50 Mark.
 Restaurateure und Wiederverkäufer Vorzugspreise.
 Berlin NO., Böhmisches Brauhaus
 Landsberger Allee 11—13. 89469* A. Knoblauch.

Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold,

Oranienstr. 83/84.
Gehrer Langensalza'er Kautabak
 von Gebrüder Adler.
 81062
 Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend.
 Cigaretten-Engros-lager in den Freilagern von M. 25.— bis M. 100.—
 Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.
 Anstalt, Neue Jakobsstr. 17, Brunnenstr. 123, Androasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. s. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelf. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 Mk. p. Stük. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzfernung von blaugetragenen Stammgarn-Garderoben. 87161*

Verwand nach Auswärts.

„Zum Prophet“

Welthaus für Herren- und Knaben-Garderoben.

Etage. Am Dönhoffplatz. Etage.
 Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.
 Wir empfehlen in einer Auswahl und Billigkeit

nie zuvor

Herren-Anzüge von 9 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten vorräthig.

Nr.	Anzüge	sonst	18—48 M.	von 9 M.	an
I.	Salon-Anzüge	30—50	20	20	20
II.	Ramngarn	48—55	32	32	32
III.	Euchhosen	6—26	2 1/2	2 1/2	2 1/2
IV.	Paletots	20—54	9	9	9
V.	Schlafrocks	16—38	9	9	9
VI.	Westen	6—13	1 1/2	1 1/2	1 1/2
VII.	Knaben-Anzüge	4—10	2	2	2
VIII.	Burschen-	9—18	5	5	5
VIIIc.	Jünglings-	15—30	8	8	8

Nouveauté-Knaben-Anzüge und Paletots,
 8999L mit und ohne Pellerine, spottbillig.

Nur Schneider-Arbeit.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Raunynstr. 38,
 u. d. Deantienplatz

Den Parteigenossen empfehle mich zur Anfertigung eleganter Herren-Garderobe. **Otto Gehurts,**
 8167b Seydelstr. 25, Hof 3 Treppen.
Neue Hofstr. 3. Zahnarzt Cohn.
 Schmirgelplo: Zahnziehen von 1.— M. Füllen u. Zahnreinigung. Theilzahlung. Poliklinik. 8653L*

Parteinarbeiten.

„Der sozialdemokratische Zukunftsstaat.“ Von der unter diesem Titel im Verlage der „Vorwärts“-Buchhandlung erschienenen Broschüre, enthaltend sämtliche Reden, welche gelegentlich der Zukunftsstaats-Debatte im Reichstag in den Tagen vom 31. Januar bis 7. Februar gehalten wurden — ist die vierte Auflage vollständig ausverkauft, die fünfte Auflage (81.—100. Tausend) befindet sich unter der Presse. Wir erlauben die Genossen, um ihren weiteren Bedarf an dieser Broschüre umgehend mitzutheilen. Alle nicht erledigten Bestellungen werden sofort nach Fertigstellung des Nachdrucks effectuirt.

Die „Maiser-Zeitung“ befindet sich, wie schon mitgeteilt, in der Herstellung. So weit nun die Parteigenossen Angaben über die Höhe des Bedarfs an Exemplaren noch nicht einbrachten, ersuchen wir wiederholt, dies schnellstens zu thun, damit die Auflageziffer definitiv festgestellt werden kann, und Drucklegung und Versendung beschleunigt werden können. Es liegt dies im eigenen Interesse der Parteigenossen, da sie dadurch um so früher in den Besitz der Exemplare gelangen. Alle Bestellungen sind nur an die Adresse der Partei-Buchhandlung, Verlag des „Vorwärts“, Berlin SW., Weuthstr. 2, zu richten.

Protest-Versammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Leipzig-Gohlis (Ref. Reichstags-Abgeordneter Seifert), Donauauf (Referent Josef-Regnburg), Salingen (Ref. Ged.-Offenburg), Oberndorf (Ref. Hildenbrand-Stuttgart).

Reichstags-Kandidatur. Die Magdeburger Sozialdemokratie hat den seit einem Vierteljahrhundert wohlberühmten Parteigenossen Kees zum Reichstags-Kandidaten aufgestellt, nachdem der bisherige Vertreter, Reichstags-Abgeordneter Bock, erklärt hatte, daß er, wie aus seiner Wahl in den gothaischen Landtag zu schließen sei, wahrscheinlich in Gotha in den Reichstag gewählt werden würde und auf alle Fälle den Parteigenossen die Mühen einer Doppelwahl ersparen wolle.

Die natürlich vom Unternehmertum in die Welt geflohten Depesche: Saarbrücken, 31. März. Zwischen dem Rechts-Schulverein und der sozialdemokratischen Zentralleitung in Berlin sind Verhandlungen wegen Ankauf des Saalhauses in Bildstock und der Druckerei eingeleitet.

Ist in jeder Beziehung vollständig erlogen. Die Depesche kann nur den Zweck haben, auch die neue Leitung der Arbeiterorganisation, deren gegen die Beteiligung an der Politik gerichteten Aufruf wir kürzlich besprochen, als sozialdemokratisch zu „verdächtigen“ und dadurch den förmlichen Grubenverwaltungen die Möglichkeit zu verschaffen, unter dem Scheine der „Wahrung der Interessen von Thron und Altar vor der Umsturzpartei“ die Bergarbeiter-Organisation auch ferner nachregeln zu können, ohne nach oben hin Bedenken zu erwecken.

Ein bedeutender Sieg bei der Gemeinderathswahl haben zur argen Enttäuschung der fortellirten Gegner unsere Genossen in Saalfeld an der Saale errungen. Gewählt sind die Parteigenossen Jocher, Emmermann und Bauer. Den Gegnern dürfte dieser Ausfall der Wahl schwer im Magen liegen.

Eine Parteikonferenz der Sozialdemokratie des 11. badischen Reichstags-Wahlkreises wurde am 28. März in Floßheim abgehalten. Sie war von 88 Delegirten aus 18 Orten besucht und konnte die erfreuliche Thatsache feststellen, daß unsere Partei abermals gute Fortschritte gemacht hat. So sind vor kurzem allein drei neue Wahlkreise errichtet worden, nämlich in Schriesheim, Friedrichsfeld und Hemsbach, und in allen Orten, die auf der Konferenz vertreten waren, ist unsere Anhängerschaft gewachsen. Die Zahl der seit Januar im Kreise abgehaltenen Volksversammlungen betrug 28, ungerechnet die regelmäßigen Wahlvereins-Versammlungen. Dreesbach's Rede über den Wohlstand und die Weibliche Rede über den Zukunftsstaat wurde in einer großen Zahl von Orten vertheilt und überall, namentlich auch bei der Landbevölkerung, fanden die Verbreiter gute Aufnahme. Die Konferenz sprach dem Agitationskomitee für seine unermüdete Thätigkeit, bei der es mit den vorhandenen Geldmitteln sehr sparsam umzugehen wußte, ihre Anerkennung aus und sagte hinsichtlich der Maifeier den an anderer Stelle der „Parteinarbeiten“ registrierten Beschluß. Die nächste Delegirtenkonferenz findet in Neckarau statt.

Maifeier. In Wolfenbüttel findet am 1. Mai eine Versammlung, am Sonntag darauf ein Fest statt. Im 11. badischen Reichstags-Wahlkreise (Mannheim etc.) sollen am 1. Mai allenthalben, wo es möglich, Versammlungen abgehalten werden mit der Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai; wo dies nicht angängig sein sollte, haben die Versammlungen am 30. April, also am Vorabend des bedeutungsvollen Tages, stattzufinden. In Dresden beschloß eine Volksversammlung, den 1. Mai als Demonstrationstag zur Erringung der achtstündigen Arbeitszeit, sowie zur Kundgebung des Solidaritätsgefühls der Arbeiter aller Länder, am Tage des 1. Mai zu feiern. Die Feiern soll geschehen durch Anheften der Arbeit seitens aller derjenigen Arbeiter, welche im Stande sind, ohne besonders schwere wirtschaftliche Opfer dieses durchzuführen. Am Nachmittag des 1. Mai soll ein Umzug mit einem daran sich schließenden Volksfest im Freien, am Abend sollen Volksversammlungen stattfinden.

Die Parteigenossen in Rosenheim, Mibling, Kolbermoor und Traunstein in Oberbayern halten die Maifeier am ersten Sonntag im Mai in Kolbermoor ab. In Nürnberg werden am Abend des 1. Mai zwei Demonstrationsversammlungen abgehalten, während das eigentliche Fest am ersten Maionntag stattfindet.

Von der Agitation. Die rheinische Agitationstour der Frau Klara Zetkin hat wegen Erkrankung dieser Genossin aufgeschoben werden müssen.

In Schwiebus fand neulich die erste, von Sozialdemokraten einberufene Volksversammlung statt. Sie war, obgleich ein Entree von 10 Pf. erhoben wurde, sehr gut besucht. Wohl 400 Personen füllten den geräumigen Saal des „Märkischen Hofes“ und lauschten gespannt den Ausführungen des Referenten Stolpe aus Grünberg, der in 1/2stündigen, oft nur lautem Weisfall unterbrochenen Vorträgen die Bestrebungen der Sozialdemokratie, ihre Ziele und ihr Programm erläuterte. Hierzu sprach Stolpe über die Militärvorlage. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit seinen Ausführungen einverstanden. Unter begeisterten Hochrufen auf den Referenten und die Sozialdemokratie ging man auseinander. — Drei Tage später sollten sich alle freisinnigen Wähler zu einer „Besprechung“ über die in Aussicht stehende Reichstags-Auflösung zusammen-

finden; es erschienen indessen nur ganze 4 Mann und 2 Bericht-erstatler.

Der Regensburger Distrikt, einer der „schwarzesten“ Distrikte Bayerns, wird jetzt von der Regensburger Sozialdemokratie fleißig bearbeitet, um die Volksmassen unserer Partei zuzuführen. Die neue Militärvorlage erweilt sich dabei als vorzüglichster Agitationsstoff. Auch in diesem Distrikt machen unsere Genossen die angenehme Erfahrung, daß in dem Verhältnis der Bevölkerung zur Sozialdemokratie ein bedeutender Vorsprung zu unseren Gunsten eingetreten ist. Die Hegerieen der Pfaffen versorgen nicht mehr wie früher, die Noth der Zeit zwingt das Volk zum Denken, und deshalb kommen ihm die sozialdemokratischen Versammlungen gerade recht, um zu hören, wie denn das große soziale Uebel am gründlichsten abgemittelt werden könnte. So fand dieser Tage auch in dem kleinen Städtchen Donauauf die bereits oben erwähnte, von dem Regensburger Wahlkomitee einberufene Volksversammlung statt, die trotz aller Gegenagitation von Kleinbauern sehr stark besucht war und den Vortrag unseres Parteigenossen Josef aus Regensburg, der über das Thema: „Die jetzige Lage und die bevorstehenden Wahlen“ sprach, mit stürmischem Beifall belohnte. Mit allen gegen die Stimme eines Zentrumsmannes nahm die Versammlung eine Resolution an, worin die Militärvorlage verworfen und der Reichstag ersucht wird, für sie keinen Mann und keinen Groschen zu bewilligen. Weiter wird darin die Sozialdemokratie als diejenige Partei anerkannt, die in Wahrheit die Volksinteressen vertritt.

In Beziehung auf die unleidlichen politischen Verhältnisse Elsaß-Lothringens erklärte auch in Augsburg eine Volksversammlung, nach dem Referate des Parteigenossen Wueb aus Mülhausen, daß die dort noch gültigen französischen Gesetze nicht den Verhältnissen des deutschen Volkes entsprechen, dessen Angehörige doch die Elsaß-Lothringer sind; sie verlangte, daß im Deutschen Reich alle Staatsbürger gleich behandelt werden und erachtete es für die nächste Aufgabe des deutschen Reichstages, zu den in Elsaß-Lothringen bestehenden Mißverhältnissen der gesetzlichen Bestimmungen Stellung zu nehmen.

Eine dem Sinne nach gleiche Resolution wurde in München gefaßt, wo bekanntlich Wueb gleichfalls sprach. Es wird für die Elsaß-Lothringer von Nutzen sein, wenn die Parteigenossen in ganz Deutschland die Ausnahmestellung der „wiedergewonnenen Bruderstämme“ zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen machen. Tropfen höhlen den Stein. Die reaktionären französischen Gesetze Elsaß-Lothringens entsprechen übrigens den Verhältnissen des französischen Volkes ebensowenig wie den unseren, was zum Schluß noch bemerkt sein mag.

Die konservativen „Grenzboten“ widmen den Liebern und sonstigen Gedächtnen, die im Verlage von J. D. W. Diez unter dem Sammelnamen „Deutsche Arbeiter-Dichtung“ erschienen sind und die Lieber etc. von Rudorf, Frohne, Hasenclever, Regel, Lepp, R. L. und Scheu enthalten, einen sehr sympathischen längeren Artikel, in dem es an einer Stelle heißt: „Aber wird man fragen, sind... diese Sozialdemokraten wahre und wahrhaftige Dichter? Der dichterische Werth ihrer Verse ist gewiß sehr verschieden. Einige Erstlingsgedichte sind bloße Uebungen. Aber viele andere Stücke der Sammlung sind der Form wie dem Inhalt nach durchaus tadellos. Warum sollten auch Arbeiter und Arbeiterführer das Verfassen von Nebenamte nicht ebenso gut verstehen wie so viele besitzende Dichter, die tagsüber bei den Alten, abends auf dem Helikon verweilen?“

Das für die sächsische Polizeipraktik charakteristische Verbot einer Dresdener Antisemitenversammlung, das deshalb ausgesprochen wurde, weil der angekündigte Referent Abilow arabi hieß, veranlaßt die sozialdemokratische „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ zu einem energischen Protest gegen eine solche Beschränkung der politischen Rechte. Wie erbärmlich handelt dagegen die „freisinnige“ Presse! In toller Wuth über den politischen Gegner Abilow hat sie kein einzig Wort der Kritik für die Handlungsweise der Dresdener Polizei, obwohl die Freiheit der Meinungsäußerung eine Hauptforderung des „entschiedenen“ Liberalismus sein soll.

Vor drei Lockspindel wärmen, wie der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung aus London geschrieben wird, die dortigen Anarchisten. Das gegen Ende des letzten Streiks von angeblich „anarchistischer Seite“ ins Streikrevier aus England geschmuggelte Flug- (Woh-)blatt „Die Rache“ fand zwar dort keine besondere Gegenliebe; der Inhalt war ja so albern und spindelbürtig, daß selbst naivere Leute, als die unglücklich „Geheften“ auf den Hapen nicht angebissen hätten. Die Thatsache aber, daß der vom „Vorwärts“ in Nr. 25, 1. Beilage vom 13. November 1892 entlarvte Lockspindel Richard Hamm (früher in Berlin) der Ephegeffelle der beiden Persönlichkeiten (ihre geistige Oberhaupt) war, welche die „Die Rache“ ins Streikrevier zu besorgen, sie herzustellen hatten, muß doch der Welt offenkundig gemacht werden, weil sie beweist — wie's gemacht wird! — Wo zu? — das mag sich der Leser selber sagen. Das uns vorliegende Flugblatt einer „Gruppe“ Londoner (deutscher) Anarchisten trägt den Kopf: „Nr. 3. Der Revolutionär“ und beginnt: „Warnung! Die drei Helden der Neuzeit“. Wir sehen uns genöthigt, die Genossen allerorts, vor allen aber die Genossen in Deutschland, vor den Arbeitern Simon und Berger zu warnen. Letzterer führt auch den Namen Vogel; beide sind Klempner (Spengler), welche aber das Arbeiten gern den Dummen überlassen. Es ist Thatsache, daß Simon von der Mission des Hamm vollständig unterrichtet war, er wußte, daß Hamm in Berlin in Diensten der Polizei gestanden, er wußte, daß er hier in London mit der Polizei in Verbindung stand, und daß sein Ansehen um höhere Befolgung mit dem Bemerten zurückkam, er müßte mehr, er müßte bedeutenderes bringen. — Hamm (so sagt das Flugblatt weiter), beredete einige Genossen, bei der Fabrikation von Bomben behilflich zu sein — er werde alle Auslagen bestreiten. — Nach der Entlarvung im „Vorwärts“ verdurstete Hamm von London; bald darauf Simon „als Agitator ins Kohlenrevier“. Dorthier schrieb Simon Briefe an seinen Spitzhellschlegel Berger, um diesen wenigstens ins Vertrauen der Londoner auf neue zu bringen. Berger hatte das im Kohlenrevier verbreitete Flugblatt zu verfassen, Simon es bei den deutschen Kohlenarbeitern zu verbreiten und zu veragittiren; und da sage uns nun noch jemand, in wessen Interessen und Auftrage im Streikrevier gelockspindel werden? — Die sonst so wohlunterrichtete Presse der Kohlenherrschaften schweigt; die in London so wohlunterrichtete Polizei schweigt über das samose Anarchisten-Flugblatt mit den Enthüllungen. — O! über diese begehrlichen, muthwilligen Streikruher und Förderer, die — Vergleute natürlich! — Ueber diese Heger, diese Geheften- und Ordnungsverächter, — diese — Sozialdemokraten natürlich!

Österreichische Zensurblüthe. Bränner „Volksfreund“ vom 20. März nach der Konstitution: „Zunmer gemüthlicher wird — — — konstatirt.“

Aus der Schweiz. Im vierten Kreise Zürichs wurde der Parteigenosse Buchdrucker Kern, der auch auf der demokratischen Liste stand, in den Großen Stadtrath gewählt.

In Genf sind 15 Gewerkschaften und politische Vereine der sozialdemokratischen Partei beigetreten. Bisher war der Einfluß der Partei dort sehr schwach.

Totenliste der Partei. Gestorben ist in Wandsbek der Parteigenosse W. Müller. In Leipzig-Kleinschöcher ist am Abend des ersten Osterfesttages der Tischler Karl Heinicke infolge eines Schlaganfalles verschieden, nachdem er wenige Stunden vorher noch mit Parteigenossen spazieren gegangen war. Heinicke hat namentlich unter dem Sozialistengesetz in den vordersten Reihen des Proletariats gekämpft.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur Adolf Thiele in Burgen ist am 1. April nach verbühter Strafbast aus dem Gefängnis entlassen worden.

— Redakteur Lingweiler in Elberfeld hatte in der „Freien Presse“ die im sächsischen Feuerlöschwesen herrschenden Mißstände ladelnd besprochen. Dadurch fühlten sich der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung von Elberfeld beleidigt. Folgte also der übliche Prozeß. Die Strafkammer erkannte an, daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, verurtheilte ihn aber wegen formaler Beleidigung zu 100 M. Geld- oder 10 Tagen Gefängnisstrafe. Auf die verhältnismäßig hohe Strafe wurde erkannt, weil Genosse Lingweiler „viele Vorstrafen“ hatte.

— Die Strafkammer in Neustadt O.-S. hatte am 5. Januar den Genossen Schödel zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Das Reichsgericht hob das Urtheil auf und überwies die Angelegenheit derselben Strafkammer zur nochmaligen Verhandlung.

— Wegen Beleidigung eines Gendarmen verurtheilte das Schöffengericht in Wallenstedt den Genossen Karl Schulze in Bernburg zu 50 M. Geldstrafe. Der Anwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt.

— In Dresden verbot die Polizei dem Altstädter Sozialdemokratischen Verein, bei der Märzfeier folgende Lieber zum Vortrag bringen zu lassen: „Sozialistenmarsch“ von Gramm, „Morgenruhm“ („Die Lerche war's“) von Scheu, „Der Zukunftsstaat“ (Kouplet), „Weibelied“ von Jost, „Es dümmert“ von Rieva. Diese Stücke sind öffentlich im Druck erschienen und kein Gericht im ganzen Deutschen Reich hat sie jemals beanstandet. Da es der Kürze der Zeit halber nicht mehr möglich war, den Beschwerdeweg mit Erfolg zu beschreiten, so lehrte sich das mit der Anmeldung des Festes beauftragte Vorstandsmittglied Siedermann nicht an das polizeiliche Verbot. Dafür soll Siedermann noch Ansicht der Polizei 150 M. Strafe bezahlen, hofft aber im Wege der Beschwerde zu erreichen, daß die Polizei dieses Sämchen nicht bekommt.

— Der Redakteur der „Freien Presse“ in Apolda, Genosse Haupt, sollte sich der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht sprach ihn frei.

— Eine Versammlung in Seehausen bei Bremen, die vom Pastor Daniel Fode einberufen war, um für die Militärvorlage Stellung zu nehmen, dann jedoch von den zahlreich erschienenen Sozialdemokraten, die auch das Bureau in die Hände bekamen, zu einer Kundgebung gegen die Militärvorlage benutzt wurde, erhält jetzt, nachdem seit jener Affäre nicht weniger als etwa fünf Monate vergangen sind, noch ein eigenartiges Nachspiel dadurch, daß man nunmehr drei Bremer Genossen, die in jener Versammlung das Bureau bildeten, in je 50 M. Geldstrafe nehmen will, weil sie als Leiter einer nicht angemeldeten Versammlung fungirt hätten (§ 6 des Bremer Vereins- und Vers.-Gesetzes). Natürlich werden die Treuhänder gerichtliche Entscheidung beantragen und in der Verhandlung vor Gericht den Nachweis erbringen, daß nicht sie, sondern Pastor Fode Einberufer der Versammlung war und als solcher selbstverständlich auch für die gesetzlich vorgeschriebene Anmeldung der Versammlung zu sorgen hatte.

— Die Kreisdirektion zu Straßburg i. G. hat abermals eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung, die in Bischheim stattfinden sollte, ohne Angabe von Gründen verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund des französischen Gesetzes vom 8. Juni 1893.

— In St. Ingbert wurde Genosse Düllens wegen Beleidigung eines Gendarmen vom Schöffengericht zu 5 Tagen Gefängnis verurtheilt. Er soll, wie uns gemeldet wird, dem Beamten in „unhöflicher Zone“ begegnet sein.

Österreichische Ordnungsklämmereien. Zur Kratoner Landeskonferenz der galizischen Sozialdemokratie wurden in Lemberg mehrere der bei solchen Gelegenheiten üblichen Begrüßungsgramme aufgegeben. Das erste lautete: „Besten Erfolg in der Arbeit zur Verbreitung und schnellen Siege der Gerechtigkeitstheorie wünschen die Lemberger Sozialistinnen.“ Der Telegraphenbeamte wies die Beförderung dieses Telegramms zurück mit dem Bemerten, daß es gegen das Strafgesetz verstoße, weil darin der Wunsch nach Störung der öffentlichen Ordnung ausgedrückt sei!!! Aber nicht nur dieses Telegramm wurde inhiert, sondern auch folgende: „Die Lemberger sozialistische Jugend sendet Grüße und wünscht den versammelten Genossen besten Erfolg.“ — „Die Klempnergenossen Lembergs senden brüderlichen Gruß. Hoch die internationale Sozialdemokratie.“ — „Im Geiste sind wir mit Euch! Es mögen Eure Beratungen zur Befreiung des Proletariats beitragen. Mit Euren Wünschungen solidarischen wir uns und aus tausend Stellen erheben wir den Ruf: Hoch die Sozialdemokratie. Die Lemberger Bauarbeiter.“

Tokales.

Die Wohnungsreformer, welche Berlin mit billigen Arbeiterwohnhäusern versorgen wollen, entfalten wieder eine rege Thätigkeit, seit die Altersverschönerungs- und Invaliditätsanstalt sich dazu hergiebt den Grund und Boden sowie das darauf aufgeführte Bauwerk mit 1/3, ja theils sogar bis zu 1/2, des Werthes beider zu beleihen. Die weniger kräftigen Mißläufer in dem Wettkampf um die Versorgung der Arbeiterwelt mit Wohnräumen konnten die Entschlüsse der genannten Reichsanstalt nicht abwarten und sind inzwischen fest eingegangen, die übriggebliebenen machen um so größere Anstrengungen, ihre Spekulationsprojekte zu fördern. Es ist ganz erkaunlich, was für Projekte auf diesem Gebiete ausgegallt werden.

Wiederholt haben wir in früheren Jahren auf die Volksbeglückungspläne solcher, gemeinnützige Firmenschilder tragender, Vaugenossenschaften hingewiesen, die sich bisher stets noch als ganz gewöhnliche Spekulations-Unternehmungen, im besten Falle aber als harmlose Spielerei für beschäftigungslose Millionäre und ordenslästernde Streber erwiesen haben. Die Arbeiter, welche die Tendenzen unserer Wohnungsphilanthropen von vorn herein richtig durchschauten, haben denn auch deutlich genug zu vertheilen gegeben, daß sie von dieser Art Volksbeglückung nichts wissen wollen, und die Vaugenossenschaften haben inzwischen wohl sämtlich ihre Statuten „revidirt“, in dem Sinne, daß sie

Ihre Fürsorge der unheimlichen Arbeiterwelt entzogen und auf die bemittelteren Volksklassen übertragen. Eine Gesellschaft nur besteht noch, welche unseres Wissens mit dem wirtlichen Stande korrespondiert, und gerade jetzt wieder durch lange Inzertate wohnungsbedürftige Arbeiter zu fördern sucht. Es ist dies die unter Vorsitz des Fürsten Otto zu Stolberg-Wernigerode stehende „Deutsche Volkshaus-Gesellschaft“. In Groß-Niedersiedel, an der Potsdamer und Hallescher Bahn, in Vermdorf und in Neu-Niedersiedel erbaut sie in der Preisfrage von 4000 M. an auswärtigen Architekten mit Garten, ohne daß es für die Erwerber einer größeren Anzahlung bedarf, wie es in den Inzertaten so schön und verlockend heißt. Der Erwerber des Anwesens hat nur nötig, sich in einer bestimmten Lebensversicherung-Anstalt (meist auf 80 Jahre) einzulassen und nur 80,6 M. für 1000 M. Grundkapital als Prämie und 4 pCt. als Miete zu zahlen. Das scheint auf den ersten Blick in der That außerordentlich verlockend und mancher mag sich schon mit dem anregenden Offert beschäftigt haben. In Wirklichkeit ist das Angebot der deutschen Volkshaus-Gesellschaft aber ein derartiges, daß der Erwerb eines solchen Anwesens kein Vortheil ist. Schon die 80,6 M. und 4 pCt. Miete auf je 1000 M., würden bei dem bescheidenen Anwesen von 4000 M. (Wertheinschätzung) 282,40 M. laufende Ausgaben bedingen. Dazu treten dann Realitäten, wie Grund- und Gebäudemiete, Feuerkasse, sonstige Ausgaben und mindestens 45 M. jährliches Fahrgeld nach der Stadt, in Summa 80—85 M., so daß eine Miete aufzubringen wäre von 365 M. Und für diese horrenden, für den Arbeiter natürlich nicht aufzubringenden, Miete hat derselbe die Annehmlichkeit weitab von Berlin, und auch dann noch 10 Minuten vor Bahnhofs seines Vorortes, 80 Jahre wohnen zu müssen, gleichviel in welche Richtung der Millionenstadt ihn der Kampf ums Dasein hinvorschleudert. Dann allerdings, wenn er das Glück hat, den ca. 70. Geburtstag zu erleben, ist er — Hausbesitzer und kann sich an dem Anblick seiner Landbesitzerin weiden. Stirbt er früher, so fällt das Vermögen allerdings auch an seine Angehörigen, wie das im Wesen der Lebensversicherungspolice liegt, das allein aber kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß man es hier mit einem vom wirtschaftlichen wie sozialen Standpunkt absolut ungeeigneten, ja für jeden Arbeiter unmöglichen Projekt zu thun hat. Der Traum vom eigenen Heim auf eigener Scholle erinnert auch bei dieser Volksbeglückungsgesellschaft vor jeder ersten Kritik wie der Märchen vor der Sonne, und nebst vielen anderen Wünschen wird auch in Zukunft der Arbeiter den Wunsch nach einem eigenen Heim still im Wesen verschließen müssen. Nur durch sich selbst, aus eigener Kraft wird die Arbeiterwelt auch die Arbeiterwohnungsfrage lösen.

Die Wahl der zehn Arbeitgeber in den Ausschuss für gewerbliche Entschieden im Gewerbegericht wurde am Dienstag Abend vollzogen. Von den 210 Weisungen waren 155 erschienen, einer derselben enthielt sich der Abstimmung. Der Parteigenosse Wilhelm B. hatte das Komitee zur Gründung der Vereinigung der Weisungen des Berliner Gewerbegerichts zu veranlassen gewünscht, auch einen sozialdemokratischen Arbeitgeber, den Nordmachermeister Jungnickel, in seine Kandidatenliste aufzunehmen. Es sei erwähnt, daß das Komitee sich am Vorabend der Wahl an die die Majorität der Weisungen bildenden Handwerker und Kleingewerbetreibenden mit der Aufforderung gewendet hat, dafür einzutreten, daß den Großindustriellen und Kaufleuten nicht alle Sitze im Ausschuss zufallen. Auf diese Agitation dürfte es zurückzuführen sein, daß unter reger Theilnahme an der Wahl die Liste der Kleingewerbetreibenden siegte. Gewählt wurden:

1. J. Auger, Schneidermstr., Krausenstr. 30 mit 84 Stimmen
2. Friedrich Luitel, Kupferschmiedemstr., Alt-Neubitz 46, " 150 "
3. Adolf Beckmeier, Goldleistenfabrikant, Schmidstr. 5a, " 151 "
4. Friedrich Wollschläger, Barbier, Niederwallstraße 24, " 157 "
5. Theodor Müller, Gastwirth, Hegelplatz 9, " 151 "
6. Friedrich Jungnickel, Nordmachermeister, Wienerstr. 11, " 79 "
7. Ferdinand Wittnebel, Malermstr., Stegkierstraße 55, " 84 "
8. Eugen Ebert, Techniker, Grenadierstr. 22, " 80 "
9. Rudolf Schilowitsky, Tischlermstr., Weidenweg 13, " 127 "
10. Weigert, Knopf- und Werkzeug-Fabrikant, Anklamerstr. 88, " 78 "

Nach vollzogener Wahl erklärte der Magistrats-Ressort Herr Dr. Freund die vorgenannten Herren gemäß § 82 des Ortsstatuts für gewählt.

Die Herren Trietschmann, Restaurateur, Jadenstr. 55, und F. E. Kerner, Grabenbesitzer, Elisabethstr. 23, sammelten während der Stimmenaufzählung ungefähr 50 Unterschriften zu einem Protest gegen diese Wahl, da dieselbe nicht acht Tage vorher bekannt gegeben worden sei. Jedenfalls aus Mangel darüber, daß ihre Bitte in der Minorität blieb.

Die am Mittwoch Abend vollzogene Wahl von zehn Arbeitnehmern in den Ausschuss ging, wie zu erwarten war, glatt von statten. Gewählt wurden die bekanntlich am Donnerstag Abend voriger Woche nominirten Kandidaten, nämlich Wäcker Pfeiffer, Hausdiener Grauer, Löpfer Thiele, Former Köhler, Malerarbeiten Niediger, Schneider Pfeiffer, Buchdrucker Stöbel, Glaschleifer Mailchen, Arbeiter Lappe und Kleiner Ebert.

Die ganze Wahlhandlung war in kaum zehn Minuten erledigt.

Reklamation. Auf die Beschwerde des Vorsitzenden der am 18. März bei Wolk, Alte Jakobstr. 75 auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes aufgelösten öffentlichen Handdiener-Vereinigung, des Genossen Karl Albot, eröffnet der Polizeipräsident diesem unterm 4. April, daß er die Auflösung der Versammlung für nicht gerechtfertigt erachtet und er den betreffenden überwachen den Beamten mit entsprechender Weisung versehen habe. Die Auflösung der Versammlung erfolgte, nachdem Genosse Main in der Diskussion dem bekannten Agitator für Abschaffung des römischen Zinsrechts, Mentzer Wolk, nachzuweisen gesucht hatte, daß die von Herrn Wolk erstrebte Befreiung der Uebel des römischen Zinsrechts nur durch den Sozialismus zu erzielen sei.

Die ungerechtfertigte Auflösung der Versammlung hat ihre Klage erhalten, aber damit ist das Unrecht noch nicht geklärt. Die Einberufer haben vergebens Kosten und Zeit für die Versammlung eingesetzt, und sehen sich genöthigt, zur Erledigung der Tagesordnung eine neue Versammlung einzuberufen.

Uegen die Wahl von weiblichen Vorstandsmitgliedern in den Krankenkassen wird jetzt lebhaft Front gemacht. So schreibt uns ein Reporter: Die letzten Wahlen brachten in verschiedenen Ortskrankenkassen junge Mädchen und Frauen in den Vorstand; seitdem haben nun wiederholt Vorstandswahlen stattgefunden, bei denen Krankheitsfälle von Männern nothgedrungen zur Sprache kamen, die dazu führten, daß die weiblichen Vorstandsmitglieder ausstanden und das Lokal verließen, wodurch natürlich die Versammlung beschlußunfähig wurde. Da diese Vorgänge sich wiederholten, wird seitens der in ihren Vereinsinteressen Geschädigten bei dem Polizeipräsidenten dahin petitionirt werden, daß seitens dieser Behörde weibliche Vorstandsmitglieder von Orts-Krankenkassen für beide Geschlechter nicht mehr genehmigt werden.

Vor uns nicht nähere Thatsachen bekannt sind, möchten wir doch Zweifel gegen, daß eine solche Petition erfolgt sei sowie daß sie Erfolg habe. Wir bezweifeln zunächst, daß die weib-

lichen Vorstandsmitglieder das Ziel bloß aus dem angeführten Grunde verlassen haben; wir können uns nur die Möglichkeit denken, daß sie durch unangemessene Behandlung der betreffenden Fälle gewissermaßen „fortgegrault“ sind. Hoffentlich erhalten wir von den beteiligten Arbeiterkreisen näheren Bericht.

Die Strafabtheilung des Landgerichts II hat mit dem 1. April endlich den fehlenden Direktor erhalten. Herr Amtsgerichtsrath Renkhoff, bisher Kassensurator und ansehnlich-führender Richter beim Amtsgericht Berlin I, ist zum Direktor ernannt worden und wird den Vorsitz in der zweiten Straf-kammer am Landgericht II übernehmen.

Ein Schiff-unglück, welches leider ein Menschenleben vernichtete, hat sich am zweiten Feiertage, wie uns nachträglich berichtet wird, auf dem Müggelsee abgespielt. Drei Berliner Schneidergesellen, Paul Colombet, Constantin Sonne und Ernst Lieg hatten am Montag Vormittag einen Ausflug nach Friedrichshagen gemacht und ein kleines Boot gemiethet, auf welchem sie den Müggelsee befuhren. In der Nähe der Försterei Müggelsee kamen die jungen Leute auf die Idee, die Plätze zu wechseln, dabei gerieth das kleine Fahrzeug ins Schwanken und schlug um, Colombet und Sonne vermochten sich an dem umgekehrten Boote anzuklammern, der 20-jährige Lieg jedoch, welcher verzweifelte Anstrengungen machte, sich über Wasser zu halten, verschwand kurz, bevor die Hilfe kam, in den Fluthen und erstickte. Etwa 20 Minuten mußten die Schiffsrührigen in der entsetzlichen Lage ansharren, bis sie gerettet werden konnten. Ein von Bahndorf kommendes Segelboot nahm die bereits Erstickten auf und schaffte sie nach Friedrichshagen, wo ihnen ärztliche Hilfe und sorgfältige Pflege zu Theil wurde. Der erstickene Lieg wohnte Gartenstr. 166; grausam trifft das traurige Schicksal ihres einzigen Kindes die in Stettin wohnenden betagten Eltern, die im vorigen Jahre schon einen Sohn durch Ertrinken verloren haben. Die Leiche des jungen Mannes ist bis jetzt noch nicht gefunden worden.

Des Messer hat in Berlin am gestrigen Abend wieder eine böse Rolle gespielt. Der Schlächtergeselle Adolf Kuschat betrat gegen 9 1/2 Uhr das am Bismarckplatz gelegene Geschäft des Schlächtermeisters W. Kuschat war früher dort in Stellung gewesen und unterhielt ein Liebesverhältnis mit einem dort dienenden Mädchen. Da er von diesem 8 M. verlangte, welche er vorab, seiner Zeit für seine Angebetete vorausgab zu haben, so entstand ein Wortwechsel, bei dem sich der Schlächtermesser auf Seite des Dienstmädchens stellte. Man kam zu Thätlichkeiten, und Kuschat ergriff schließlich die Flucht. W. lief mit einem Schlächtermesser seinem früheren Gesellen nach und nach ihn fünf Mal in den Kopf. Kuschat brach sofort bewusstlos zusammen und wurde durch die Polizei nach der Charitee befördert. — Noch schlimmer erging es gegen 9 Uhr dem Drechlergesellen Wilh. Hahn. Er hatte mit seinem Nebengestellten, dem 63 Jahre alten Julius W., einen Wagen nach der Reinickendorferstraße zu besteuern; unterwegs kamen Beide in Streit, und W. äußerte drohend: „Na, warte nur, wenn wir zu Hause angelangt sind, werde ich es Dir schon besorgen.“ Als sie dann das Grundstück Reinickendorferstraße 37a betreten hatten, versetzte W. dem Hahn mit einem Messer vier Stiche in den Kopf und in den Rücken. Die Verletzungen Hahn's sind derartig schwer, daß sein Ableben erwartet wird.

Ertränkt hat sich gestern Nachmittag im Pflanzensee der auf dem Bahnhof Friedrichstraße bedienstete Stations-Assistent Schließer. Er wohnte in der Perlebergstraße 28 b und stand der Gepäckabfertigung vor. Hier hat er sich nun unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen, die eine längere Freiheitsstrafe nach sich ziehen mußten. Schließer zog der entehrenden Strafe den Tod vor.

Marktwerte in Berlin am 4. April, nach Ermittlungen des königlichen Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 15,50—16,00 M., mittlerer von 14,90—14,50 M., geringer von 14,40—14,00 M., Roggen per 100 Kg. guter von 13,10 bis 12,90 M., mittlerer von 12,80—12,70 M., geringerer von 12,60 bis 12,40 M., Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—18,00 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M., Hafer per 100 Kg. guter von 15,90—15,80 M., mittlerer von 15,20—14,70 M., geringer von 14,60 bis 14,00 M., Stroh, Nicht per 100 Kg. von 4,65 bis 4,00 M., Heu per 100 Kg. von 7,00—5,20 M., Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M., Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M., Linen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M., Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,50 M., Hindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,90—1,20 M., Landfleisch per 1 Kg. von 1,80—0,90 M., Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,20 M., Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M., Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M., Butter per 1 Kg. von 2,80—1,80 M., Eier per 60 Stück von 4,00—2,40 M., Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M., Aale von 8,00 bis 1,40 M., Zander von 2,40—1,00 M., Hechte von 1,50—1,00 M., Barsch von 1,60—0,70 M., Schlei von 2,40—1,00 M., Meie von 1,40—0,80 M., Krebse per 60 Stück von 10,00—8,00 M.

Polizeibericht. Am 4. d. M., Abends, verletzten der Arbeiter Brauner aus dem Hofe des Grundstücks Reinickendorferstr. 28, infolge eines Streites den Drechler Hahn durch Messerschlag in den Kopf so schwer, daß dieser nach der Charitee gebracht werden mußte. Brauner wurde verhaftet. — Vor dem Hause Friedrichsmerstr. 21 fand zwischen einem Schlächtermeister und seinem entlassenen Gesellen eine Schlägerei statt, bei der der letztere so bedeutende Verletzungen erlitt, daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — In der Nacht zum 5. d. M. sprang eine Erzieherin aus dem Fenster ihres im 4. Stock des Hauses Kreuzbergstr. 15 belegenen Wohnzimmers auf die Straße hinab und verlor auf der Stelle. — Im Laufe des Tages fanden fünf kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage

Der bereits angekündigte Anarchistenprozess gegen den Vorgänger Hermann Leimert, den Rigatormacher Wilhelm Hermann, Handlungsgehilfen Max Grohmann, Metallarbeiter Otto Gerndt und Schlosser Max Lorenz gelangte gestern vor der dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung. Leimert, Gerndt und Lorenz werden beschuldigt, an einer Verbindung theilgenommen zu haben, deren Zweck, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, in welcher gegen unbekanntes Obere Gebotenen versprochen wird und zu deren Zwecken gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern. Leimert, Hermann und Grohmann werden außerdem beschuldigt, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen einander anzureizen zu haben. In London besteht ein anarchischer Klub „Autonomie“, welcher den Sammelort für die Anarchisten aller Länder bildet und seit Jahren auch eine anarchische Zeitung, die „Autonomie“, herausgibt. Nach Ansicht der Anklagebehörde ist dieser Klub eine geheime Verbindung im Sinne der §§ 128 und 129 Str.G.B. und es wird angenommen, daß derselbe in den verschiedenen Orten, auch in Deutschland, seine Filialen hat. Im November d. J. wurde bei Leimert eine polizeiliche Hausdurchsuchung gehalten und bei derselben eine ganze Reihe von anarchischen Flugblättern, Aufzügen, Viederbüchern und auch zwei Jahrgänge der „Autonomie“ vorgefunden. Leimert ist der Polizei als Anarchist und intimer Freund des bereits verurtheilten Anarchisten Wagenknecht bekannt, er soll auch viel in anarchischen Gesellschaften verkehrt

haben. Man beschlagnahmte auch verschiedene Korrespondenzen, darunter solche mit dem Anarchisten Peterfen in Altona, dem Korrespondenten der „Autonomie“ Josef Schütz und andere, und diese Korrespondenzen sollen die Beweise dafür enthalten, daß sich die Angeklagten der Geheimbündel schuldig gemacht haben. — Die Anklage wird darin gefunden, daß Leimert am 11. November, zum Jahrestage der Hinrichtung der Anarchisten in Chicago eine beim Buchdrucker Einzel hier selbst hergestellte „Arbeiter-Zeitung“ herausgegeben und verbreitet hat, deren Inhalt die Klassen gegen einander verhetzt haben soll. Leimert wurde von Schulzleuten dabei betroffen, als er die frisch gedruckte Nummer des Blattes unter das Publikum brachte. Außer ihm hat auch Hermann Artikel für diese Nummer geliefert, während Grohmann in einem Gedichte die „Opfer von Chicago“ verherrlicht hatte. — Die Verhandlung fand auf Antrag des Staatsanwalts Fiedler unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Verhandlung in Sachen der Geheimbündel wurde schließlich aufgeschoben, weil der Gerichtshof den von den Rechtsanwältinnen Mähsam und Bieder gestellten neuen Beweisanträgen auf weitere polizeiliche Erforschung des wahren Charakters des Londoner Klubs „Autonomie“, sowie des Ursprungs einzelner bei Leimert gefundener Briefe, stattgeben zu müssen glaubte. — Wegen der Anklage beantragte der Staatsanwalt gegen Leimert zwei Jahre, gegen Hermann anderthalb Jahre, gegen Grohmann ein Jahr Gefängnis. — Der Gerichtshof verurtheilte Leimert zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten auf die Untersuchungshaft, Hermann zu drei Monaten, die als verhängt erachtet wurden und sprach den Angeklagten Grohmann frei. Der Gerichtshof erachtete die Artikel „Minoritäten“ und „Zum 11. November“ für aufreizend, weil darin das Mittel der Revolution als das Radikalmittel der Anarchisten angepriesen wurde. Die poetische Verherrlichung der Anarchisten von Chicago erachtete der Gerichtshof deshalb nicht für strafbar, weil der Angeklagte Grohmann glaubhaft versichert hatte, daß nach seiner Ueberzeugung die hingerrichteten Anarchisten an dem ihnen zur Last gelegten Attentat unschuldig gewesen seien.

Der vielbesprochene Altonaer Anarchisten-Prozess endete mit der Freisprechung der Angeklagten Schuhmacher Peterfen und Wendel von der Anklage der Theilnahme an einer geheimen Verbindung und der Majestätsbeleidigung. Nur Peterfen wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt, die durch die Untersuchungshaft verhängt sind. Der Gerichtshof nahm nicht als erwiesen an, daß die Angeklagten Mitglieder einer geheimen Verbindung, des Klubs „Autonomie“ gewesen, noch auch, daß sie den Inhalt der von Peterfen verbreiteten Nummer der „Autonomie“, in welcher eine Majestätsbeleidigung enthalten, vorher gekannt hätten. Der Staatsanwalt hatte gegen Peterfen 2 Jahre, gegen Wendel 1 Jahr 10 Monate Gefängnis beantragt.

Soziale Uebersicht

In die Vorstände der Zentralvereine. Der Termin für die Einleitung der ausgefüllten Fragebogen für die statistische Uebersicht über die Stärke der Gewerkschafts-Organisationen war auf den 20. März festgesetzt. Bis heute haben jedoch noch nicht einmal die Hälfte der Vereinsvorstände die Bogen eingeleitet. Wir richten daher die Bitte an die Vorstände, das Versäumte möglichst schnell nachzuholen, damit die Zusammenstellung nicht zu weit hinausgeschoben wird und die Resultate an Werth verlieren. Ferner können wir mittheilen, daß die Broschüre: „Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsbuches in Deutschland“, nuncmehr fertiggestellt ist und zum Preise von 30 Pf. pro Exemplar von dem Unterzeichneten bezogen werden kann. Bei Bestellung von einzelnen Exemplaren ist der Betrag in Dreifachem einzufenden. Den Vorständen wird die bestellte Anzahl Exemplare in kürzester Zeit zu entsprechend billigerem Preise zugestellt werden. Die Generalkommission. C. Legien, Hamburg, S. V. N., Wilhelmstr. 13, I.

Zur Arbeitslosen-Statistik. Der Ausschuss des Vereins der Lithographen, Steinbruder und Berufsge nossen Deutschlands hat, wie die Generalkommission mittheilt, den Versuch gemacht, die Zahl der Arbeitslosen dieses Gewerbes in der Zeit vom 1. bis zum 15. Januar festzustellen. Es wurden zu diesem Zwecke Fragebogen an die Vertrauensleute des Verbandes und des gleichartigen Berufes des Bundes, zusammen nach 173 Orten, versandt. Ausgefüllte Bogen gingen jedoch nur aus 69 Orten ein, so daß von 114 Orten keine Mittheilungen vorliegen. Trotz der mangelhaften Theilnahme weist die Statistik doch eine enorme Zahl Beschäftigungsloser auf. Es sind in 25 deutschen Städten 42 Lithographen und 177 Steinbruder, zusammen 219 Personen, als arbeitslos festgestellt. Unter diesen befanden sich 56 Verheirathete. Die Arbeitslosigkeit betrug zusammen 1894 Wochen, durchschnittlich pro Person 8 1/2 Wochen. Als längste Dauer der Arbeitslosigkeit sind 45 Wochen, als kürzeste 1 Woche angegeben. Ferner wird in der Statistik noch angeführt, daß in Graz 14 Personen zusammen 370 Wochen und in Basel 5 Personen zusammen 15 Wochen arbeitslos waren. Bei der Unzulänglichkeit dieser Statistik lassen sich zuverlässige Schlüsse auf die Lage im Gewerbe nicht ziehen. Es wäre von Vortheil, wenn die Arbeiter, und besonders die organisirten Arbeiter, allen statistischen Aufnahmen ein regeres Interesse entgegen bringen würden, als dies bisher geschehen ist. Zuverlässige statistische Aufzeichnungen bilden für die Gewerkschaften das beste Agitationsmaterial.

Die Dresdner Gewerkschaften melden jetzt nur noch „öffentliche Versammlungen“ an und laden zu diesen „speziell“ Angehörige des betreffenden Berufes ein. In diesen Versammlungen dürfen dann auch Angehörige anderer Berufe sprechen. Die Textilarbeiter haben dieses von der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ empfohlene Mittel probirt und damit Erfolg gehabt, indem der Richter Krüger nuncmehr bei ihnen sprechen durfte, und ebenso haben es die Gutarbeiter gemacht, und der Photograph Köhn, dem dies 7 Tage zuvor verweigert wurde, durfte nun ungehindert bei den Gutarbeitern sprechen. Die Gewerkschaften erreichen damit ihren Zweck und haben dabei noch geleert, wie man polizeilichen Auslegungskünsten mit Erfolg die Spitze bietet.

Die Generalversammlung der Invalidenkasse der organisirten Buchdrucker Bayerns, die zu Osnabrück in München tagte, beschloß einstimmig die Auflösung der Kasse und die Uebernahme der Invalidenversorgung in einer anderen Form auf die Gewerkschaft. Damit ist den Buchdruckerbesitzern ein Paroll geboten, die die Kasse bei der Behörde denunciren lassen, damit das Kassenstatut den Unternehmer-Interessen dienlichbar gemacht werde.

Der Herr Fabriksinspektor für Oberbayern, schreibt die „Münchener Post“, scheint noch sehr viel lernen zu können von seinem Amtsvorgänger Wörthofer in Baden, der bekanntlich nicht nur die Betriebsleitung, sondern auch die Arbeiterschaft befragt, um über das betreffende Geschäft ein Urtheil abzugeben. Fremden muß es aber, wenn wir uns nach Reichthal befragen, nicht die Arbeiter gerade daraus lauern, ihre Schärpen über die Betriebsleitung beim Fabriksinspektor anzubringen und dieser sich beim Besuch des Geschäftes konsequent nur mit den Leitern des Betriebes unterhält. In dieser Beziehung möge Herr Wörthofer unsern Beamten als Muster dienen, der ja wiederum nur durch sein unparteiisches Vorgehen und Ein-

Kurz, die Kritik, die Schall an der jetzigen Gesellschaft hat, ist im allgemeinen überaus treffend. Wie verhält er sich nun zur Sozialdemokratie selbst? Er macht ihr in der Hauptsache den Vorwurf, daß sie nichts von der Religion wissen wolle, daß sie materialistisch sei. Trotzdem erkennt Schall der Sozialdemokratie einen „hohen Idealismus“ zu, „durch den sie der Gegenwart im allgemeinen einen beschämenden Spiegel vorhält“. Als Verdienste bezeichnet er ihre Kritik der tatsächlichen sozialen Zustände und daß sie den Quell der sozialen Schäden in der immer mehr zunehmenden Trennung des arbeitenden Menschen von den Produktionsmitteln entdeckt hat. Schall erklärt es für zweifellos, daß die Sozialdemokratie durch ihre Agitation und ihre Entschiedenheit die Lage großer Kreise von Arbeitern bedeutend gebessert hat, und bezweifelt dem gegenüber, daß der rein gewerkschaftliche, lediglich nach dem nächstliegenden gerichtete Weg, den die englischen Trades Unions gingen, sittlich höher anzuschlagen sei, als der Weg der deutschen Sozialdemokratie. Ebenso vorurtheilsfrei wird das Solidaritätsgefühl gelobt, das junge und alte deutsche Arbeiter beim Streik bewiesen, wo sie aus Rücksicht auf ihre Kameraden Stellen aufgaben, die ihnen ein reichliches Einkommen gewährten. Weiter erklärt Schall: Die sozialdemokratische Kritik und Agitation hat die neue Gesetzgebung mächtig beeinflusst. Die Gesetze über die Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung und der Arbeiterschutz „passen gar nicht hinein in den Rahmen unserer ganzen Entwicklung, aber sie zeigen eben dadurch desto deutlicher den Erfolg der sozialdemokratischen Kritik und deren relative Wahrheit“. Das energische Eintreten der Sozialdemokratie für die Sonntagsruhe erkennt Schall dankbar an. Die Forderung des Achtstundentages bezeichnet er als einen Kulturfortschritt. Besonders sympathisch sind ihm die Forderungen nach Entschädigung unschuldig Angelegter, Verhafteter und Verurtheilter und nach Einführung der progressiven Einkommensteuer. Er erkennt das Wahre des Grundsatzes: der Mensch ist das Produkt der ihn umgebenden, äußeren Verhältnisse, er hält den Internationalismus, die Weltverbüderung „des Strebens der Besten werth“, preist unsern energischen Kampf gegen den Mammonismus und erklärt die Aufhebung des Grundgesetzes: „Religion ist Privatsache“ für ein Verdienst um die protestantische Kirche, die durch ihre Entwicklung abhängig vom Staate, von den Fürsten geworden sei, und es sich deshalb gefallen lassen müsse, daß unter Umständen Katholiken, Juden und Ungläubige über ihre inneren Verhältnisse bestimmen können.

Zur wirklichen Anerkennung des Kollektivismus hat sich Schall aber noch nicht durchgerungen. Er kann sich noch nicht daran gewöhnen, daß der Unterschied zwischen Kapitalist und Arbeiter aufgehoben werden soll, was zur Befreiung des Arbeiters aus seiner Abhängigkeit doch nöthig ist, da nach dem heutigen Stande der technischen Entwicklung er auf keine andere Weise zum Eigentümer der Produktionsmittel werden kann. Der sonst so Scharfsichtige verläßt hier den geraden Weg, der zur Erlösung führt. Er meint: „Es wird sich ein Weg finden lassen, auf dem es möglich sein wird, den Arbeitern den ihnen gebührenden Theil an der Produktion zu sichern.“ Es giebt keinen anderen Weg, als den des Kollektivismus. Die Scheu vor dem Kollektivismus ist um so wunderbarer, als Schall die sozialistischen Anschauungen über das Privateigentum an den Produktionsmitteln theilt.

Zum Schluß seiner inhaltreichen Schrift stellt Schall Forderungen auf, Reformvorschlüge, welche die von ihm erhoffte Wirkung nicht haben werden, weil sie einerseits den Interessen der bestehenden Klasse widersprechen, andererseits den Besitzlosen nicht diejenige Rechte gewähren, die diese zu verlangen haben. Die Besitzenden wollen die Zeichen der Zeit ja gar nicht verstehen und lassen die Sturmvoegel, die das Rufen des Unvermeidlichen verkündigen. Die kämpfende Arbeiterschaft aber hat in dem Buche Schalls wieder neues beweiskräftiges Material dafür, daß ihr Kampf gegen die Ideen der alten Gesellschaft kein vergeblicher ist und daß der Sozialismus siegen muß. Das warmherzige idealistische Eintreten dieses Geistesfürsten für die Armen und Unterdrückten wird sie in dankbarer Erinnerung behalten. Mag ihn das trösten, wenn er erkannt haben wird, daß die bürgerliche Gesellschaft ebenfowenig den Willen hat, die soziale Frage mit zu lösen, als das in ihrer Macht steht, ohne politisch und wirtschaftlich als herrschende Klasse vom Schauplatz abzutreten.

Königliches Glend. Von Robert Scheyer. Budapest. Verlag von G. Grimm.

Wend's Astaroth. Dichtungen von Julius Brand. Leipzig, Verlag von W. H. Friedrich, Hofbuchhändler.

Vermischtes:

Wieder Einer. In Altona wurde, wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, der bekannte Bankier Charles Stapelfeldt wegen erheblicher Depot-Unterschlagungen verhaftet.

Der Kunsthistoriker Professor Wilhelm Lübke in Karlsruhe ist in der Nacht zum 5. April gestorben.

Ein Lump in Glacéhandschuhen. Die Züricher „Arbeiterstimme“ schreibt: Bei Luzern wohnt in prächtiger Villa die alleinlebende reiche Fürstin Vicovaro. Diese erhielt im

Januar d. J. wiederholt Drohbriefe, wenn nicht zu bestimmter Stunde an einsamer Stelle (beim Friedhofe) 15 000 Fr. niedergelegt würden, solle ihre Villa mit Dynamit in die Luft gesprengt werden. Die Dame fand für gut, einzuweichen zu verweilen, machte aber vorher Anzeige bei der Polizei. Dort natürlich gewaltige Aufregung, daß das gemüthliche Luzern solch raffinierte Spionagen in seinen Mauern beherberge; jedenfalls war der Drohmensch ein Nihilist, Anarchist oder doch wenigstens Sozialdemokrat. Aber nee, sagt der Berliner. Die Polizei stellte dem unbekanntem Gründer eine Falle und siehe da, der Vogel war gefangen. — Wer war es? Ein nobles, junges Herrchen, Sohn eines reichen Geschäftsmannes. Der jugendliche Dynamitarde wurde schonend zu nur drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Wie hätte das Urtheil wohl gelaute, wenn statt des reichen Summers ein armer Arbeiter, von Noth getrieben, die That begangen hätte?

Unglück in der Kirche. In Neapel fürzte während des Gottesdienstes in der Kirche Santa Maria das Empore mit der Orgel zusammen, wobei 45 Musikanten verwundet wurden, u. a. der Orchesterdirigent lebensgefährlich.

In Rom drach unter den mit Ernährung und Behandlung unzufriedenen 500 Gefangenen des San-Nichole-Gefängnisses eine Meuterei aus. Sie zerschlugen alle Geräthe, durchbrachen die Mauern, welche die einzelnen Zellen von einander trennen, schlugen die Thüren ein, hoben die Eisengitter, welche die Korridore absperren, aus den Angeln und strömten in den Hof, wo sie die Wachtmannschaften mit Steinen angriffen und die Bettfässer anzündeten. Es wurde Militär requirirt, das jedoch nicht in Aktion trat, da es einigen Beamten gelang, die Gefangenen durch gütliches Zureden zu beruhigen, sodas diese nach vier Stunden freiwillig in ihre Zellen zurückkehrten.

Arbeiterrisiko. In Bancouver in Columbien sind infolge einer Explosion in der deutschen Brauerei von Jung mehrere Arbeiter getödtet worden.

Aus Christiania wird gemeldet: Der Dampfer „Nordfjord“ stieß Nachts im Söndfjord auf Grund, die See ging hoch, weshalb der Kapitän die Boote auslaufen befahl. Unter den Passagieren entstand eine Panik, alle stürzten sich in die Boote, diese kenterten, und der Maschinenmeister und zwei Passagiere ertranken. Das Schiff kam unbeschädigt wieder flott und setzte die Reise fort.

Aus Konstantinopel wird berichtet: Nachdem Sonntag Nachts der Sultan aus dem alten Serail in sein Palais zurückgekehrt war, stieß ein kleiner Palaisdampfer, auf welchem sich das kaiserliche Küchenpersonal befand, während der Heimfahrt nach Dolmabahische auf dem Bosporus mit einem anderen Schiffe zusammen. Der Palaisdampfer sank, der Kapitän und der größte Theil der Insassen ertranken. Die Zahl der an Bord befindlichen Personen konnte bis jetzt nicht genau festgestellt werden, jedenfalls belief sie sich auf mehr als vierzig, wovon die meisten umgekommen sein dürften. Fünf Verwundete wurden gerettet.

Ueber niederträchtige Mißhandlungen Deutscher, die neuerdings in Curitiba, der Hauptstadt des brasilianischen Staates Parana, vorgekommen sind, enthält nach dem dortigen „Beobachter“ die „Frankf. Ztg.“ einen längeren Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Für den Sonntag vor Fastnacht hatten sämtliche deutsche Vereine Maskenbälle veranstaltet, allein dies scheint dem Polizeichef von Curitiba nicht gefallen zu haben. Im Salon Grimont, wo der „Handwerker-Unterstützungsverein“ seinen Maskenball feierte, erschien der Polizeichef, besichtigte die Gesellschaft und verließ bald darauf das Lokal. Gleich darauf kam ein maskirter Spanier, welcher Eintritt verlangte, und obgleich der an der Kaffe befindliche Gesamtvorstand erklärte, daß nur Mitgliedern oder jenen Masken der Zutritt gestattet ist, die zuvor Karten gelöst hatten, suchte sich der Spanier gewaltfam Zutritt zu verschaffen, und da ihm der Vorstand in den Weg trat, zog die Maske — ein agent provocateur — einen Dolch und stach damit auf ein Vorstandsmitglied, das jedoch nicht getroffen wurde. Auf dieses hin wurde der Kerl gepackt und auf das Pflaster hinausgeworfen. Um alle weiteren Unannehmlichkeiten zu vermeiden, wurden die Thüren und sämtliche Fensterläden geschlossen und für keinen Menschen mehr der Eintritt gestattet. Das Hinauswerfen dieses Nordbuben war aber das erwartete Signal zu einer unerhörten Scene. Wie aus Kommando stürzten eine Anzahl Polizeisoldaten auf das Lokal zu und verlangten Einlaß. Da aber im Saale nach rauschender Musik getanzt wurde, so hörte es niemand, daß es die Polizei sei, welche Einlaß begehrte. Nun wurden die an der Straße befindlichen Fenster mit dem Säbel eingeschlagen und rücksichtslos hieben die Eindringenen auf Männer, Frauen und Kinder ein, daß Blut floß. Eine Anzahl Personen wurde unter den brutalsten Mißhandlungen nach dem Gefängniß geschleppt, und dann gingen die „Sicherheitsmänner“ daran, das Lokal und alles, was sich darin befand, zu demoliren. Die Fabne des Vereins wurde heruntergerissen, mitten im Saal nach ausgebreitet, mit Petroleum begossen und angezündet. Sämmtliche Verhaftete wurden gründlich ausgeraubt. Auf Ersuchen des deutschen Konsuls, Herrn Jonge de Druftina, wurde dann Militär geschickt, um das Lokal zu besetzen. Die Entrüstung aller anständigen Menschen in Curitiba über diese Vorgänge war natürlich groß. Die Deutschen hielten eine Massenversammlung, welche eine Deputation an den Gouverneur und Depeschen an

den Vizepräsidenten der Republik in Rio de Janeiro, sowie an den deutschen Gesandten dasselbst sandte.

Wir bemerken dazu, daß auch die deutschen sozialdemokratischen Blätter Brasiliens und Argentinens das Verfahren der Polizeischuften gegen die Deutschen in der allerschärfsten Weise brandmarken.

Briefkasten der Redaktion.

Genossen der Landsberger Allee. Derartige Beschwerden müssen Sie bei dem betreffenden Fachverein oder der Gewerkschaft vorbringen, welche die Angelegenheit am besten prüfen und behandeln können.

W. W., Niederbäslisch. 1. Die Abstimmung im Reichstage geschieht durch Aufstehen und Eigenbleiben. Ist das Resultat zweifelhaft, so erfolgt die Zählung, der sogenannte „Hammelsprung“. Die Abgeordneten verlassen den Saal, und treten, je nachdem sie mit „Ja“ oder „Nein“ stimmen, durch eine der zwei offenbleibenden Saalthüren, an denen sie gezählt werden. Auf Antrag, der jedoch von wenigstens 50 Abgeordneten unterstützt sein muß, erfolgt namentliche Abstimmung. 2. Bei der Militärvorlage wird über die wichtigsten Bestimmungen wohl die letztere Art der Abstimmung erfolgen. 3. Die freie Fahrt der Abgeordneten erstreckt sich nur auf diejenigen Linien, welche den Wohnort des Abgeordneten mit dem Sitz des Reichstags verbinden und gilt unbeschränkt während der ganzen Session des Reichstags, einschließl. 8 Tage vor Eröffnung und nach Schluß derselben. Selbstverständlich gilt die freie Fahrt für die 1. Wagenklasse.

W. Sch. Ihrem Wunsche können wir ebenso wenig, wie ähnlichen, die an uns gerichtet sind, nachkommen.

E. St. Wenn Sie im Wochenlohn arbeiten, kann Ihnen der Lohn für den Feiertag nicht abgezogen werden, falls nicht anders vereinbart ist.

Sonntagsruhe betreffend gehen uns verschiedene Anfragen zu. Dieselbe ist vorläufig nur für Handelsgeschäfte geltend. Das in diesen angestellte Personal darf auch nicht hinter geschlossenen Thüren beschäftigt werden. Sollte dieses doch geschehen, so ist keine andere Abhilfe möglich als durch Anzeige der Gewerkschaftsvertreter. Für Fabriken und Werkstätten sind leider die Bestimmungen über die Sonntagsruhe noch nicht in Kraft getreten.

Bruch, Charlottenburg. Ist die Wohnung ohne schriftlichen Vertrag gemiethet und stellt sich heraus, daß die Wohnung gesundheitsgefährlich, so hat der Miether das Recht nach seiner Wahl: zu verlangen, daß die Wohnung in brauchbarem Zustand gefestigt werde oder die Wohnung auf Kosten des Vermiethers in brauchbarem Zustand zu setzen oder vom Vertrage ganz abzugehen. Er kann also sofort ausziehen. Biegt ein schriftlicher Vertrag vor, so ist die Rechtslage nach Inhalt desselben zu beurtheilen.

U., Puttkamerstraße. Lohnforderungen verjähren in zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem sie entstanden sind. Ihre Forderung können Sie nach dem 10. April bei dem Gewerbegericht einklagen.

Postabonnent Birmasend. Die schriftliche, hiermit wiederholte Antwort lautete: Mit einer Klage gegen den Konturverwalter würden Sie schwerlich durchkommen. Es liegt seinerseits kein vertretbares Verschulden vor. Die Gläubiger müssen Sie nach Inhalt des Zwangsvergleichs befriedigen.

F. F. 67. Wenden Sie sich an Dr. Jadel, Annenstr. 46, oder Dr. Christeller, Alexander Platz 1: sie werden Ihnen gern Auskunft ertheilen.

Ramenos. 1. „Eigentum ist Diebstahl“ ist die Uebersetzung von la propriété c'est le vol: unseres Wissens zuerst geschrieben von Brisson, dann von Proudhon. Stirner sagt: Eigentum ist Fremdtum. 2. Wenn der Arbeiter mit dem Lohnvertrag einverstanden ist, dessen eine Bestimmung die Kündigungsfrist ausschließt, so kann er nachträglich nicht Einhaltung einer Kündigungsfrist verlangen.

3. Die neuliche Antwort war die richtige auf die gestellte Frage hin. Sie machen aber mit Recht darauf aufmerksam, daß der juristisch-technische Ausdruck „Aussteller“ in der Antwort zu Unrecht gebraucht war. Zur Vermeidung eines Mißverständnisses wollen wir gern die Rechtslage klar stellen: Es verfährt der Auspruch aus einem Wechsel gegen den, der ihn angenommen hat (Akzeptanten), in 3 Jahren vom Verfalltage des Wechsels ab gerechnet. Unter Akzeptanten versteht man den, der zur Zahlung der Wechselsumme in erster Reihe sich verpflichtet: im allgemeinen ist dies der, der „querschreibt“. In zweiter Linie haftet aus dem Wechsel (also dann, wenn der Akzeptant den Wechsel nicht einlöst) der sog. Girant und Aussteller. Ansprüche gegen diese sind von Ausnahme eines Protestes abhängig und verjähren in 3 bis 18 Monaten. — Besten Dank.

E. R. 81. 1. Sie werden am besten thun, wenn Sie einen Vertrag schließen, durch den die Mutter die bisherige Verpflichtung anerkennt und Ihnen als Entgelt hierfür und für weitere Pflege bis an ihr Lebensende das Vermögen vermacht, auch die Police als Pfand für Ihre Ansprüche bestellt. 2. Die Brüder können verklagt werden. 3. Das Wahlrecht verlieren dieselben nicht. 4. Kreis Gumbinnen-Insterburg wird durch Reichstags-Abgeordneten Dobbert vertreten. 5. Die Wahlkreis-Geometrie ist so einfach nicht: Ihr Vorschlag setzt voraus, daß unparteiisch getheilt werden soll. Das wollen aber gerade die Herren nicht.



Anne's Brief

Leipzig den 1. Jan. 1893

Meine liebe Luise!

Gewissenhaft habe ich mich bemüht, mich auf die mittheilung des Briefes über die Wirkung der Seifen-Extracte zu besinnen. Ich habe mich sehr über die Wirkung der Seifen-Extracte freuen dürfen. Ich habe mich sehr über die Wirkung der Seifen-Extracte freuen dürfen. Ich habe mich sehr über die Wirkung der Seifen-Extracte freuen dürfen.

Karol Weil's Seifen-Extract

ist leicht löslich — wäscht Alles spart Zeit, Geld, Arbeit schon die Wäsche.

Roh-Tabak!

Alle Sorten, billigste Preise bei [8912L]

J. Radich

Berlin C.

Au der Spandauer Straße 6.

Roh-Tabak!

Kinderwagen-Bazar,

Josalemstr. 42 und Brunnenstr. 6.

Großartig Auswahl jeder Art, billigste Preise. Viele Anerkennungen. Musterbuch grat. u. franko. (Auch Theilzahlung.) 8691L

Ein gangbares 8160b

Grünfram-Geschäft

nebst Kasse ist billig zu verkaufen bei J. Kleeschen, Schulzendorferstr. 13.

1000 Regenmäntel

à 3,50 Mark, 500 Badisch-Jaquetts à 2,50 Mark im Damen-Mantel-Lager S. E. Loysor & Co., Leipzigerstr. 91, 1 Tr.

Ein grosser Posten

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)

Größe 150 x 200, Stück 7,50 M.

circa 1000 Stück schwere buntfarbige

Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschinenslocken, in reizenden Jacquard-Rustern, Größe 150 x 200 cm.

per Stück 4,50 M. sonstiger

Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko. 8783L

Steppdecken-Fabrik

Emil Lefèvre,

Berlin S., Oranienstraße 158.

F. Henmann's Central-Bazar

1. Geschäft: Andreasstr. 62, a. d. Kl. Andreasstraße.

2. Geschäft: Frankfurterstr. 90, Ecke Markussstraße. 8879L

3. Geschäft: Schönhauser Allee 182a.

Gr. Gelegenheitskauf in Haus- und Küchengeräthen, Emaille-Waaren, Porzellan, Eisen, Rosetten etc. etc.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins

Andreasstr. 23. 87

Berl. 2 eleg. einger. **Parteibilder,**

1 Bettstelle mit Matratze, Rückenstuhl.

C. Laska,

3161b Mantuffelstr. 79, 1 Tr.

Kinderwagen, größtes Fabriklager, billigste Preise, auch Theilzahlung. Oranienstr. 8 im Korbgeschäft. 1789b

Kinderwagen, größtes Fabriklager, billigste Preise, auch Theilzahlung. Oranienstr. 8 im Korbgeschäft. 3162b

Pfandleihe **W. Meyer,** Wienerstraße 1/6, verl. Kleidungsstücke, gold. und silb. Uhren billig. 8054b

Genosin sucht u. möbl. Zimmer in der Nähe des Alexanderplatzes. Offerten mit Preisangabe unter **C. H. 97** hauptpostlagernd erbeten. 3164b

Glaspolirer, die selbständig arbeiten können, verlangen **Paul Gasse & Harb,** Neue Grünstr. 40. 3159b

Geübte **Kartonarbeiterinnen** verl. 3163b Angers, Alte Jakobstr. 8.

E. Klemperlehl verl. Vogt, Antonstr. 8.

Geübte **Sammet-Schneiderinnen** finden lohnende und dauernde Beschäftigung. **Berliner Pelzfabrik M. Mengers & Söhne,** Köpenickerstraße 18, 20. 1958b

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 3158b